

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistellungsanstalt monatlich 80 Mk., Einzelverkaufspreis 4,00 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mk., Reklamen 45,00 Mk., Beilagengebühr 1000 Stk., 225 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 214.

Mittwoch, 13. September 1922.

29. Jahrgang.

Der Druck auf Deutschland.

Belgien verlangt Golddeckung.

Die optimistische Stimmung der letzten Tage, daß die Berliner Verhandlungen mit den belgischen Vertretern doch noch zu einem für Deutschland annehmbaren Ergebnis führen würden, ist zunichte geworden. An Stelle der Hoffnung ist die Enttäuschung getreten. Noch liegen erst spätere Meldungen vor, eine amtliche Mitteilung fehlt noch ganz, aber es hat doch den Anschein, als ob die Welt völlig verrannt ist und glaubt, Deutschland mit Gewalt zu zwingen, die es mit dem besten Willen nicht erfüllen kann. Auch Belgien ist im Kreise derjenigen, die glauben, Gold allein führe die Menschheit aus dem Elend heraus.

Wie die „Agence Belge“ mitteilt, beschloß der belgische Ministerpräsident, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf dem laufenden gehalten hat, von Deutschland die Bezahlung der am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die durch Golddepoticherung gestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmigen Bank zu hinterlegen ist. Montag vormittag notifizierte der belgische Minister des Auswärtigen dem deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg diesen Beschluß seiner Regierung.

Eine T.-M.-Meldung spricht sogar davon, daß binnen drei Tagen das Golddepot hinterlegt werden soll.

Nach dem Berliner Tageblatt soll die Höhe des von Belgien geforderten Depots auf 100 Millionen Goldmark bemessen werden. In Berliner Regierungskreisen hat die Nachricht von der unnachgiebigen Haltung der belgischen Regierung, die scheinbar alle den belgischen Delegierten in Berlin gegebenen Aufklärungen außer acht läßt, Erbitterung hervorgerufen. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt festhält, was die Ablehnung der belgischen Forderungen bedeutet. Die Reichsregierung ist schon aus dem Grunde nicht in der Lage das gewünschte Golddepot von 100 Millionen Goldmark zu hinterlegen, weil der Reichsbankpräsident Havenstein sich geweigert hat, bei einer sechsmonatigen Laufzeit der Schatzscheine die Bürgschaft zu übernehmen.

Die Reichsregierung wird wahrscheinlich zu einer Kabinettsitzung zusammenzutreten, um über die Lage zu beraten. Der Reichskanzler selbst tritt Ende dieser Woche einen kurzen Erholungsurlaub an, während dessen der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die weiteren Verhandlungen über das Garanteproblem führen wird.

Berlin, 13. September. (Sig. Telephondienst.)

Zu der ablehnenden Antwort Belgiens schreibt der „Vorwärts“ u. a.:

Von vornherein muß betont werden, daß der Weg, auf den sich die belgische Regierung begeben hat, nicht ohne schwerste Bedenken ist. Dem Währungsverfall, der in den letzten Tagen nur mühsam gegen die Bestrebungen gewisser Kreise aufgehalten werden konnte, ist damit von neuem die Tür geöffnet worden. Was nützen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, was nützt der ganzen Welt die Tatsache, daß neben England und Italien auch Belgien zu der Überzeugung von der deutschen Zahlungsunfähigkeit und der Verzweiflung der bisherigen Reparationspolitik gelangt ist, wenn man auf der Gegenseite vergißt, dieser Tatsache Rechnung zu tragen? Wenn Belgien die Kreise Deutschlands, die keine Mißheißer sind, um zu einer gebundenen Wiedererholungspolitik zu zwingen, um der nur schwer fauler gefalteten Straße vorzuziehen will, dann ist es auf dem rechten Wege. Es scheint, daß man sich in Belgien über den Ernst der Lage nicht im klaren ist. Noch sind nicht alle Türen zugemauert, aber es muß doch betont werden, daß einseitige Diktate nicht der Weg sind, um dem Wahnsinn ein Ende zu machen, der Europa noch immer ergötzen hält, obgleich man auch auf der Gegenseite darüber im klaren ist, daß dieser Wahnsinn nur Methode hat, wenn man Deutschland in das äußerste Unglück stürzen will.

Wirth über die Reparationen.

WTB. Berlin, 12. September.

Reichskanzler Dr. Wirth gewährte gestern mehreren ausländischen Pressevertretern eine Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen mit Belgien, in der er folgendes bemerkte:

Die deutsche Regierung hat ernstlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Barzahlungen dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu machen. Dies war nicht leicht, da die Regierung als solche über besondere Sicherheiten nicht verfügt. Aber die autonome Reichsbank hat sich loyal zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, die Schatzwechsel zu unterschreiben und damit zu garantieren. Sie stellt allerdings die Bedingung, daß die Laufzeit über 6 Monate hinaus verlängert werden müßte. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industrie und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine subsidiäre Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Übernahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Die kaufmännische Grundlage für ein Abkommen mit Belgien im Sinne des Beschlusses der Reparationskommission war also gegeben, und wenn es nur noch kaufmännischen Grundlagen gegeben wäre, so wäre am letzten Sonntagabend ein Abkommen erzielt worden. Wir hätten dann eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre zu erwarten gehabt.

Die Mark hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach gebessert und wäre auf Monate hinaus stabil geworden. Deutschland hätte sich für den schweren Winter einrichten können, und mit aller Ruhe hätte man die Vorbereitungen für die große Reparationskonferenz treffen können, von der die Ruhe Europas abhängt. Leider ist dies alles in Frage gestellt worden, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhielt, der von sechsmonatigen Schatzwechseln spricht. Ich kann die Entscheidung der belgischen Regierung nicht kritisieren, sondern nur bedauern, weil sie weder unseren Interessen noch den Interessen der allgemeinen europäischen Sache dient. Ich kann nicht glauben, daß sich die Reparationskommission einer Regelung widersetzt hätte, wie sie in den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern vorgesehen war und wie sie von diesen selbst als möglich betrachtet wurde.

Die Reparationskommission hat es auch jetzt noch in der Hand, das belgische Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Laufzeiten einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Lage. Aber man darf keine Zeit verlieren, denn in dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Beeinträchtigung der Reparationskraft.

Die belgischen Vertreter haben bemerkt, daß sie das größte Interesse daran haben, die Verschlechterung der Mark aufzuhalten. Dies wollen auch wir. Aber wenn dies erreicht werden soll, wenn vermieden werden soll, daß die Entwertung der deutschen Währung irreparabel wird, so darf kein Tag mehr verloren werden. Die deutsche Regierung ist zu jeder Regelung bereit, die sie nach einer gewissenhaften Prüfung vor dem deutschen Volk vertreten kann. Aber sie müßte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht erfüllt werden können, und daß sie auch gar nicht der Förderung des Hauptzweckes dienen, nämlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit der endlichen Beruhigung Europas und der Welt.

Zur Lage in Kleinasien.

In Kleinasien sieht sich die Situation bedrohlich zu. Die britische Regierung, besorgt um ihre Machtstellung in den Dardanellen, läßt von ihrem Truppensammelplatz Malta Verstärkungen nach Konstantinopel transportieren. Kemal mündet sein Augenmerk nach der Einnahme von Smyrna dem nördlichen Gebiet von Kleinasien zu und scheint die Front an die Dardanellen vorzuschieben zu wollen. Es ist selbstverständlich, daß England freiwillig auf Konstantinopel nicht verzichten wird. Sollte es aber um diese Stadt zu Kämpfen zwischen Kemal Pascha und den englischen Truppen kommen, so entsteht eine Lage, deren Ernst nicht gut überschätzt werden kann. Mit erit einmal die Situation so weit zugespitzt, so würde jedes Nachgeben mit den Interessen Englands nicht mehr vereinbar sein. Es ist anzunehmen, daß ein scharfsichtiger Geist wie Kemal Pascha sich über die Folgen schwerer jedes seiner nächsten Schritte klar ist und daß er über dem Sieg das Gefühl für das praktische Erreichbare nicht verliert hat. Auf der anderen Seite wäre es eine befreiende Tat, wenn die englische Regierung, die es bisher ganz entgegen ihrer sonstigen angelegenen Fähigkeit für derartige Probleme nicht verstanden hat, mit Kemal Pascha in ein rechtes Benehmen zu gelangen, den türkischen Wünschen mehr als bisher gerecht würde. Es läßt sich nicht leugnen, daß wie die Sowjetregierung seit Jahren der faktische Machthaber Rußlands, so die Angora-Regierung die verantwortliche Vertreterin des türkischen Volkes ist. Es läßt sich ebensowenig leugnen, daß die Forderungen Kemals, wie er sie durch seinen Vertreter letztlich aufstellen ließ, nicht übertrieben sind. Es wäre sehr fahrlässig, wenn die englische Regierung an diesen Tatsachen, die nun einmal, nicht aus der Welt zu schaffen sind, blindlings vorübergehen und so den Konflikt weiter vorantreiben und die Mäßigung innerhalb seiner islamischen Völkerschichten noch verstärken wollte. Es ist deshalb zu erwarten, daß es zu direkten Verhandlungen zwischen allen Beteiligten kommt, ehe auf dem Kriegsschauplatz das Schwert fällen durchschneidet, die nicht wieder zusammengeknüpft werden könnten.

Die Ansprüche der Türkei.

WTB. London, 12. September.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora, Ferid Bey, erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Daily Express“, die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Rückertattung Adrianopels an die Türken und der Räumung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme. Wenn die britische Regierung das tue, dann könnte eine Konferenz stattfinden, und die Türken könnten eine Internationalisierung der Meerengen und andere Fragen erörtern, wie z. B. das Verbleiben der Engländer in Bursa und anderen Städten Mesopotamiens, wo England Interessen habe. Die Türken erheben keinen Anspruch auf Mesopotamien; wenn aber die englische Regierung es ablehne, den Anspruch der Türkei auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zuzugestehen, dann würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stünde, um den britischen Interessen entgegenzuarbeiten und die britische Herrschaft im Osten zu beenden.

Partei Ledebour?

SPD. Es war schon bekannt, daß eine Gruppe der Unabhängigen Partei der Wiedervereinigung mit der alten Sozialdemokratischen Partei lebhafte Widerstand entgegensetzt und daß Georg Ledebour in dieser Gruppe die Führung hat. Nun veröffentlicht Ledebour in der „Freiheit“ einen Artikel, der seine Absicht, gewisse Reste der Unabhängigen Partei als eigene Gruppe aufrechtzuerhalten, deutlich erkennen läßt. In diesem Artikel wird über die Haft, mit der von unabhängiger Seite die Einigung betrieben werde, bittere Klage geführt und der Vorwurf erhoben, daß die bisherigen Anhänger der Unabhängigen Partei, die für die Einigung eintreten, ihre von den mehrheitssozialistischen abweichenden Auffassungen preisgegeben hätten. Als Beweis dafür wird merkwürdigerweise ein Satz des „Vorwärts“ angeführt, in dem es heißt, daß aus Anlaß der Vereinigung von den bisherigen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei eine Aufgabe der im Göttinger Programm niedergelegten theoretischen Auffassungen nicht verlangt werde. Damit hat der „Vorwärts“ doch nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen. Von den bisherigen Mitgliedern der Unabhängigen Partei wird aber auch nicht verlangt, daß sie ihre abweichenden Auffassungen preisgeben. Ueber solche Meinungsverschiedenheiten wird man sich eben in der Vereinigten Partei freundschaftlich auseinandersetzen, und die Arbeit der einzusetzenden Programmkommission wird dazu die beste Gelegenheit bieten.

Daß gerade Ledebour besondere Angst hat, der Wandel der Rätefaktatur könnte völlig aufgegeben werden, muß Wunder nehmen. Denn bis hoch in die Sechzig hinein war Ledebour der entschiedenste Vorkämpfer der parlamentarischen Demokratie. Es ist uns nicht erinnerlich, daß er jemals in seinen Reden bis vor vier Jahren politische Ziele entwickelt hätte, die über den demokratischen Parlamentarismus hinausgegangen wären. Die Befreiung erfolgte erst im Winter 1918/19, als sich Ledebour bei dem Januar-Putsch dazu verstand, eine wenig erfreuliche und der Sache der Arbeiter wenig nützliche Rolle zu spielen.

Ledebour gibt nun in seinem Artikel jenen seiner bisherigen Weggenossen, die sich der Vereinigten Partei anschließen wollen, den Abschied, indem er sagt, sie würden damit aufhören, „Vertreter des revolutionären proletarischen Kampfes zu sein“. Und er fährt fort: „Um so gebieterischer erwächst daraus uns anderen, die wir erfüllt sind von dem Grundgedanken unserer Bewegung, die Pflicht, alles aufzubieten, um unsere Partei auch im Widerpruch zu einem Mehrheitsbeschluss aufrecht zu erhalten als Vertreterin des revolutionären Sozialismus.“ Damit ist ausgesprochen, daß sich die verbleibende Minderheit als selbständige Partei unter Führung Ledebours konstituieren will.

Ob sich dieser neuen Partei noch andere bekannte Persönlichkeiten der bisherigen SPD anschließen werden, ist noch unbekannt. Da und dort werden die Namen von zwei oder drei Leuten genannt, die selber noch im Ungewissen darüber sein sollen, was sie nach der Einigung tun werden. Von der Reichstags- und der preussischen Landtagsfraktion der Unabhängigen dürften nur ganz vereinzelte Mitglieder der Einigung fernbleiben. Was übrig bleibt, kann keine eigentliche Partei, sondern höchstens eine ganz bescheidene politische Gruppe darstellen. Es heißt, daß diese Gruppe beabsichtigt, in Berlin ein Wochenblatt herauszugeben. Eine größere Bedeutung als die eines politischen Kuriosums wird ihr nicht zuzufallen.

Denn zwischen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei wird diese Gruppe zwischen Baum Borke sitzen. Ein Anschluß an die Kommunisten ist nicht möglich, dazu sind die persönlichen Gegensätze zwischen dem neuen Parteiführer Ledebour und den führenden jungen Leuten von der kommunistischen Partei viel zu groß. Sympathie für den russischen Bolschewismus, von dem die Kommunistische Partei Deutschlands materiell abhängig ist, besteht auch bei Ledebour und seinen Anhängern keineswegs. Die neue „Partei“ wird also kaum eine andere Funktion haben als die, den persönlichen Führerbedürfnissen ihres Führers zu dienen. Sie wird eine Gruppe von Verlorenen und Versprengten bilden, die nicht wissen, wo sie hingehören.

Parteitag.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Die Delegationen zu dem Einigungs-Parteitag in Nürnberg werden von den beiden Parteitag in Augsburg und in Gera gewählt. Nach den Verhandlungen beider Parteivorstände soll die Delegation für jede der Parteien bis zu 150 Personen betragen, einschließlich der Vertreter der Parteipersonalitäten.

Die Wohnungskommission des Parteitages ersucht, diejenigen Genossen, die an der Konferenz der Geschäftsführer in Augsburg teilnehmen und Quartier benötigen, sich bis spätestens Sonntagabend, den 16. September, an den Gen. Clemens Högg, Augsburg, Mittleres Kreuz 7, 280 zu wenden.

Die Parlamentsmitglieder Ammon und Rhyss Danjes sind von der englischen Arbeiterpartei zu ihren Vertretern auf der Konferenz der deutschen Sozialdemokratischen Partei in Augsburg ernannt worden.

Dollar 1580-1610.

Die Kurse weisen große Schwankungen auf.

Gewerkschaften und Teuerung.

EPD. Berlin, 13. September.

Am Dienstag vormittag empfing, wie kurz berichtet, Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt im Beisein des Ernährungsministers Professor Dr. Fehr die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu neuen Besprechungen über die Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Reichswirtschaftsministerium in so wohlwollender Weise die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren bestrebt ist und bereits einen großen Teil der von der bürgerlichen Presse als phantastisch und undurchführbar bezeichneten Forderungen der Gewerkschaften verwirklicht hat. Die Hauptwünsche der Gewerkschaften bezogen sich diesmal auf die Sicherung der Ernährung der arbeitenden Massen. Der Reichsernährungsminister entwarf ein ausführliches Bild von der gegenwärtigen Ernährungsfrage und äußerte sich dabei sehr optimistisch über die diesjährige Ernte. Die Getreideernte sei zwar nicht besonders günstig gewesen, aber mit Hilfe der noch vorhandenen Reserven hoffe man ohne Schwierigkeiten das neue Erntejahr überstehen zu können. Die Kartoffelernte sei als glänzende zu bezeichnen. Höchstpreise für Kartoffeln seien kaum nötig, da durch das zu erwartende große Angebot ein übermäßig hoher Preis nicht zu befürchten sei. (Da wird sich der Minister aber gewaltig täuschen. Die Erfahrungen reden eine andere Sprache. Red.) Sehr gut verspreche auch die Zuckerernte zu werden.

In der sehr ausführlichen Besprechung wurde von den Vertretern aller Spitzenorganisationen wiederholt dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß wie das Reichswirtschaftsministerium, sich auch die anderen zuständigen Ressorts die Bekämpfung der Teuerung und des Wachens angelegen sein lassen möchten.

Die wiederholten Besprechungen der Reichsregierung mit den Eigenorganisationen der Gewerkschaften machen einem Teil der bürgerlichen Presse einige Sorgen. Wie früher, so spricht man auch jetzt von der gewerkschaftlichen Nebenregierung, aber die eigentliche Ursache der Aufregung dürfte darin zu erblicken sein, daß die hinter der bürgerlichen Presse stehenden Handels- und Industriekreise eine Beschränkung der Arbeiterfreiheit befürchten. Selbst die „Vossische Zeitung“ glaubt betonen zu müssen, daß Wirtschaftskrisis und Teuerungserfolge keine sozialdemokratische Propaganda — und leider keine ausschließliche Angelegenheit der Arbeiterklasse sind, daß es vielmehr auch andere Schichten der Bevölkerung gäbe, die bei der Teuerung geringere Erfolge aufzuweisen hätten als die Arbeiter. Von ihnen sei leider keine Rede.

Die Reichsregierung ist nicht nur für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, sondern für das ganze Volk da, und sie hat bisher gezeigt, daß ihr nichts ferner liegt als die Bevorzugung einer Klasse. In welchem Maße aber die Wirtschaftsorganisationen zu den notwendigen Beschränkungen herangezogen werden, das hängt nicht nur von deren Macht, sondern auch von ihrer Initiative ab. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder feierliche Beschränkungen auferlegt und sind wiederholt von den Regierungskreisen zu Beschränkungen herangezogen worden, die überdies im Interesse aller jener Volksgenossen liegen, die nicht über riesige Kapitalien verfügen. Wertwändig ist, daß die bürgerliche Presse nur sieht, was die Gewerkschaften machen und offenbar nichts von dem ununterbrochenen Ström der Industrie- und Handelskreise auf das Reichswirtschaftsministerium wälzen. Vielleicht erkundigt man sich einmal im Reichswirtschaftsministerium, wie oft der Minister täglich Vertreter des Handels und der verschiedenen Industriegruppen empfängt, um mit ihnen über notwendige Maßnahmen zu sprechen, ihre Wünsche und Beschwerden anzuhören. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig bleiben, und wenn jene Bevölkerungsklassen, über deren Not man nach der „Vossischen Zeitung“ in der Distanz nicht spricht, ihr Sozialisten Leuten anvertrauen, die selbst nichts von der Not wissen und es daher auch nicht für notwendig halten, mit den Regierungsstellen über die Linderung der Leiden ihrer Untertanen zu verhandeln, dann ist das ihre eigene Schuld und nicht die der Gewerkschaften.

Reichsverordnung über Zucker, Gerste und Obst.

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in Hamburg hat sich bekanntlich gegen die Verwendung von Inlandszucker für Süßwaren und Branntwein, Schokolade und andere Süßigkeiten ausgesprochen und den Erlaß eines entsprechenden Beschlusses gefordert. Weiter wurde eine Einschränkung der Bierherstellung und ein völliges Verbot der Herstellung von Stärkeweißen als notwendig bezeichnet.

Das Reichsernährungsministerium hat deshalb eine Verordnung erlassen, in der mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Branntwein, Likör und Schaumwein verboten wird. Auch die Erfüllung etwaiger laufender Verträge über Lieferung von Inlandszucker für diese Zwecke ist verboten. Es dürfen nur noch die noch vorhandenen Bestände aufgearbeitet werden. Um die zur Herstellung der Bier notwendigen Rohstoffe zu sparen, ist die Herstellung von Stärkeweißen (mit mehr als 13 v. H. Stammwürzgehalt) verboten; Hefe- (9 bis 13 v. H. Stammwürzgehalt), soweit es mehr als 10 v. H. Stammwürzgehalt hat, darf nur bis zur Höchstmenge von einem Viertel des Gesamtinhalts der einzelnen Brauerreien pro Jahr hergestellt werden. Weiter ist verboten die Herstellung von Branntwein aus Obst. Zu diesem Zwecke kann nach besonderer Genehmigung nur solches Obst verwendet werden, das für die menschliche Ernährung nicht mehr geeignet ist. Für die Herstellung von Branntwein aus Kartoffeln bleibt trotz der günstigeren Kartoffelernte die gleiche weitgehende Beschränkung wie im Vorjahre bestehen. Da das Kartoffelbrennen die einzige Möglichkeit bietet, verorbene Kartoffeln zu verwenden, ist von einem allgemeinen Verbot der Verwendung von Kartoffeln in Brennerreien Abstand genommen worden.

Die neuen Postgebühren.

Der Reichsrat stimmte den vom Reichspostamt beschlossenen Erhöhungen der Posttarife zu. Danach wird u. a. ab 1. Oktober der einfache Fernbrief 6 Mark, die Postkarte im Fernverkehr 3 Mark kosten. Ein 5-Agr.-Paket wird in der Nation 30 Mark, in der Fernzone 80 Mark an Kosten betragen. Die ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Zeitungsgebühren ist vom Ministerium selbst zurückgezogen worden. Die Verpackung der Zeitungen hat jedoch ab 1. Januar 1923 der Verleger zu tragen; der Verpackungsbeitrag fällt weg. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wurde auf 5000 Mark erhöht, dafür das Porto 20 Mark beträgt. Ein Auslandsbrief bis zum Gewicht von 20 Gramm wird 20 Mark kosten. Der Mindestbetrag für ein Ortstelegramm ist auf 30, für ein Fernstelegramm auf 50 Mark festgelegt. Die Fernspreckgebühren erfahren eine Erhöhung zu den Friedenspreisen von insgesamt 600 Prozent.

Reichspostminister Giesberts nahm nach der Annahme der Vorlage das Wort zu einer Erklärung, die sich vor allem auf die Vereinfachung des Postbetriebes bezog. U. a. betonte er, daß trotz der beschlossenen Erhöhungen wahrscheinlich noch ein Fehlbetrag von 15 bis 20 Milliarden im Haushalt der Post bestehen bleibt. Die Leistungen der Post für das Zeitungswesen würden in gar keinem Verhältnis zu der Bezahlung. Wenn er aber trotzdem auf die Erhöhung der Zeitungsgebühren verzichtet habe, so deshalb, weil er es für unmöglich erachte, die in Not befindliche Presse mit erhöhten Gebühren zu belasten. Der Personalbestand sei inzwischen langsam und mit großen Schwierigkeiten verringert worden. Hörschlagliches Personal soll auch in Zukunft noch an andere Verwaltungen abgegeben werden, wobei vor allen Dingen die 18 000—17 000 Beamte in Frage kommen, die aus den abgetretenen Gebieten übernommen worden sind. Die Vereinfachung soll unter Mithilfe der Beamtenhaft und des zu diesem Zwecke eingesetzten Reichstagsausschusses vor sich gehen.

Das Zeitungsterben.

nimmt einen gewaltigen Umfang an. Allein die letzte Wochennummer des „Zeitungs-Verlages“, der Zeitschrift des Vereins deutscher Zeitungserleger, verzeichnet 12 Zeitungen, die jetzt ihr Existieren einstellen mußten. Darunter befindet sich ein Kreislauf, das, um nicht ganz von der Bildfläche zu verschwinden, jetzt nur noch in Schreibmaschinen-Veröffentlichungen existiert. Soweit treibt das Diktat der Kopierschreiber, deren Preisgestaltung für die Herstellung des Druckpapiers und damit für die Zeitung entscheidend ist. Groß ist die Zahl derjenigen Blätter, die ihr Existieren einschränken mußten. So ist jetzt die ganze Provinz Westfalen, nachdem die zweimal täglich erscheinende „Hagener Zeitung“ sich auf ein einmaliges Erscheinen beschränken mußte, nur noch im Besitz einer einzigen, zweimal täglich herauskommenden Zeitung. In Sachsen sind sieben Zeitungen zu einer Gemeinheitszeitung zusammengefaßt worden, sechs weitere Zeitungen, die sich über das ganze Reich verteilten, mußten sich ebenfalls einschränken. So graunert das Zeitungsterben; Holzindustrie, Holzhandel und Zellulose-Industrie aber verdienen nicht minder wie die Druckpapierfabrikanten. Wann endlich wird die Regierung den vom Reichswirtschaftsministerium schon längst vorgeschlagenen einschneidenden Schritt zu einer Verbilligung der Zeitungen tun? Doch das gerade die vom Finanzkapital unabhängige Presse, und nicht zuletzt auch die Arbeiterpresse, von der gewaltigen Teuerung erdrückt zu werden.

Der 8-Stunden-Tag gesetzlich festgelegt.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates bejahtigte sich am 7. und 8. September mit der Begutachtung des Gesetzesentwurfes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der Entwurf legt den Achtstundentag gesetzlich fest. Der Ausschuss trat ohne allgemeine Aussprache an Hand des Berichtes eines Arbeitsausschusses in die Einzelberatung ein, aus der hervorgeht, daß § 1 mit 15 gegen 13 Stimmen in der folgenden Fassung des Arbeitsausschusses angenommen wurde: Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die in Gewerbetrieben einschließlich des Handels- und des Bergbaues beschäftigten Arbeiter sowie für die mit ihnen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft stehenden Betriebsbeamten, ferner für im Haushalt beschäftigte Arbeiter, soweit das Hausgehilfengegesetz auf sie keine Anwendung findet.

Abrüstung und Völkerverbund.

Genf, 12. September.

In der Abrüstungskommission vertrat der französische Vertreter Juvenal zunächst den Standpunkt der moralischen Abrüstung und dann die militärische. Großbritannien plädierte durch seinen Delegierten Fisher für Veranstaltung einer Seearüstungskonferenz durch den Völkerverbund, die diejenigen Seemächte vereinigen soll, die sich bereits in Washington gebunden haben. Brasilien ließ deutlich erkennen, daß es nicht im Maßstab der seit dem Weltkrieg übermächtig gestärkten Großmächte abzurufen könne und wolle.

Der Vertreter Norwegens, Lange, bekämpfte das System der stehenden Heere. Das beste wäre, wenn das notwendige große internationale Abkommen durch die Völkerverbundversammlung geschaffen würde. Er billigte den Plan einer internationalen Kontrolle, jedoch nicht die Bildung eines internationalen Generalkabes. Die Abkommen zur Bekämpfung ungesetzlicher Kriegsmittel würden im Kriegesfall nicht innewirken. Es gäbe nichts, den Krieg zu humanisieren; der Krieg selbst müsse abgeschafft werden. Gerade in der Frage der Abrüstung erwarte die Welt vom Völkerverbund Daten. Im Anschluß an die Rede von Juvenal gab Lord Robert Cecil zu, daß die Abrüstungsfrage nur etappenweise gelöst werden könne. Auf einen Antrag des Präsidenten der Kommission, des Kubaners Lorientes, wurden zwei Unterausschüsse ernannt, um die statistischen Erhebungen über die Abrüstungsbeschränkungen und die Frage der Waffenfabrikation und des Waffenhandels zu prüfen.

Blutige Unruhen in Königschüttel.

Die in Ostpreußen-Oberschlesien zur Gewohnheit gewordenen Unruhen wiederholten sich jetzt auch in Königschüttel. Der Belegschaft der Bismarckhütte wurde mitgeteilt, daß sie ihre Löhne am Dienstag in polnischer Wälna erhalten solle. Sofort wurden Betriebsversammlungen abgehalten, die eine Auszahlung der Löhne in polnischer Wälna ablehnten. Nachmittags gegen 3 Uhr zogen dann ungefähr 7000—8000 Arbeiter vor die Villa des Generaldirektors, um Aufschluß über die Absicht der Direktion zu fordern. Es gelang dem Direktor nicht, die Menge zu beruhigen, sondern er mußte sich durch die Straßen schlängeln lassen und wurde durcheinander geschlagen, bis er blutüberströmt zusammenbrach. Schwere Verletzte wurde er in das Betriebslazarett eingeliefert. Die später eintreffende Polizei wurde entwaffnet. Hierauf erschien eine Abteilung Infanterie, die im Direktionsgebäude der Bismarckhütte ein Massengericht anstellte. Den fortgesetzten Aufforderungen, auseinanderzugehen wurde keine Folge geleistet. Plötzlich begann das Maschinengeheul zu knurren. Der Platz war bald geblüht, aber 8 tote Arbeiter, 1 toter Polizeibeamter sowie viele Schwere- und Leichtverletzte blieben blutüberströmt liegen. Gegen Abend wurde die Polizeibefugnis veräußert. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes auch über Königschüttel wird für heute Dienstag gerechnet. Die Arbeit dürfte so schnell nicht wieder aufgenommen werden.

Der Entwurf eines Gesetzes über uneheliche Kinder und die Annahme an Kindesstatt, der vor kurzem noch einmal ungarbeitet wurde, ist den Landesregierungen übersandt worden. Die Justizminister der Länder werden nun zusammen mit dem Reichsjustizministerium nach der Schluß der Reichstagsferien in einer Konferenz den Entwurf besprechen. Die endgültige Fassung des Entwurfs wird zu Beginn der Reichstagsitzungen dem Reichstag zugehen. — Die Verhandlungen zur Regelung der Abfindung der Reichsbeamten, die aus Anlaß ihrer Verbeiratung aus dem Dienst scheiden, kommen noch vor dem Zusammentritt des Reichstages zum Abschluß.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Ernst Zidler.

6. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

XII.

Schon in der zweiten Morgenstunde hörte ein Lauscher in den Schlamm: „Anheben!“ Die Wälnahner trugen von ihren Betrieben, führten in die Kläuser und ließen eine Kette hinter in die Kamme, wo der Kaffeebohnen rannte.

„Dann, Dürre!“ rief der künftige Retter über den Tisch. „Kauf deinen Kaffee, so schnell du kannst, wir bringen mit fünf Minuten Spanna die Wälna ein und fahre vor die Wälnahausgabe, ich hole inzwischen die Wälna.“

„Nachdem ich heute Hans über den Volkshaus zum Stall, der jetzt Granate das Maul von der Krippe und fährte sie an den Wagen. Dann fuhr er an der Wälnahalle vor. Der andere kam mit der Wälna und verstaute sie. Dann wurden die Glasentwürfe auf dem Dach, die schweren Kammern und Wälnahaus in den Jannern des Wagens untergebracht, darauf fuhr sie in den Wälnahaus hinein. Die diese Spanna darf ich im Kamm, die Wälnahaus Wälna und Wälnahaus fährte?“ „Huh du eine Kasse, huh!“

„Jetzt wurde die Wälna mit Wälna verpackt, dann fährte sie von Hans zu Hans. Bis gegen elf Uhr wurde Hans mit den Frühen transportiert, fährte an der Wälnahaus von Reichsminister einen Biter Wälna, einen halben Liter kame Hans, was im wahren Stof der Wälnahaus einen Viertel Liter kame, mich ab, dessen Bezahlung die blaue, hübsche Wälna auf mir anzuheben hat. Gegen Mittag brachte ein Wagen der zweiten Transport, und erst um vier Uhr fuhr man leer nach Hause. Während Wälnahaus dann abfährte, wälna Hans der Wälna und die Spanna und war fertig. Er trachte dann zur Wälnahaus, und holte Hans an.“

„Ich habe in heute Abend eines Neues eingekauft.“ „Wälnahaus, ich habe in der Wälnahausgabe zwei Wälnahaus eingekauft, die noch keinen Stof haben. Die eine muß mit Wälna fährte. Und wegen der anderen habe ich es dich gekauft.“ „Ich glaube, sie geht gut zu dir, weil sie keine Wälnahaus hat, was du dich in Wälna. Sie in Wälna neugierig auf dich, nachdem ich ihr erzählt habe, du bringst hübsche Wälnahaus auf Lager. Huh dich Wälna wollen in am Wälnahaus fährte.“

„Sie waren auch wirklich da und gefahren Hans. Das ist von Hans gegebene Wälnahaus war größer als das andere und Hans ein kames Wälna. Huh dich Wälnahaus fährte über die Wälna, der Wälna fährte im kames Wälnahaus fährte und die Wälnahaus fährte.“

ersten Strome wurden sichtbar. Die Wälnahaus mußten ein Triller- fährte, dem ein leichter Dampfstrahl angemessen war, und so fährte bis vier fährte den Weg dahin, als ihnen einfiel, eine Wälna zu machen und sich im Kreise zu wälna, bis der Atem alle war. Schließlich kam man sich überein, Apfelwein trinken zu wollen, und bezog sich in eine kleine Gartenwirtschaft. Draußen war es schon zu kühl, so legten sich die beiden Paare in die Ecke der Stube, wo ein Federkissen stand. Sie waren die einzigen Wälnahaus, eine allerschönste Petrolenlampe sorgte für Halbdämmerung. „Jetzt soll Hans keine hübsche Wälnahaus anspähen“, erwiderten die Wälnahaus. Hans begann: „Es war einmal ein Mann, der hatte sieben Söhne. Die sieben Söhne sprachen: „Vater, erzähle uns eine Geschichte.“ Da erzählte der Vater eine Geschichte, die begann folgendermaßen: ein Mann hatte sieben Söhne. Die sieben Söhne sprachen: „Vater, erzähle uns eine Geschichte.“ Der Vater erzählte: ...“

„Das ist heller Nacht!“ empörte sich Rubis Freundin. „Da fährte wir nicht mit. Das, eines anderes!“ Jetzt legte sich Hans auf Erntestunden. Wenn wir jeder einen Auf be- immer, erzähle ich euch die spannendste Geschichte von der Welt.“ Der Vortag wurde angenommen. Die Wälnahaus legten die Köpfe zurück und hielten den Mund still. Rubis Auf- planderte lächelnd, der von Hans war stiller, aber er dauerte länger. „Ich weiß noch gar nicht, wie du heißt“, sagte er weich. „Huh dich Wälna — aber nun erzähle die spannendste Geschichte.“

„Also geht auf ein junger Mann aus der ersten besten Ge- fährte war verlobt. Seine Braut war ein reiches und schönes Wälnahaus, das ihn fertig liebte. Da wollten es die Umstände, daß er fährte halber nach Paris reisen wälna. Beim Abfährte legte seine Braut zu ihm: „Deine immer an mich, mein Bruno, es gibt in viel Verwälnahaus in Paris. Ich habe eine trübe Verwälnahaus.“ Bruno lächelte und sah los. In Paris ange- kommen, hatte er keine Geschichte bald erledigt. Am Abend vor seiner Abfährte befragte er, sah eine Opernwälnahaus anspähen. Er wälna einen Platz in der ersten Reihe und freute sich über die gute Wälnahaus und das ausgezeichnete Spiel der Darsteller. Schon während des ersten Aktes war es ihm aufgefallen, daß eine der Wälnahaus von der Bühne fährte ihn anzuheben, daß er aber nicht konnte, tat er nicht weiter. Im letzten Akt aber sah die Schauspielerin einen Zettel aus dem Saal und war im dem nächsten Moment zu Bruno hin auf- fährte über den Zettel des Zettel, nicht entziffern, da sein ungeschickliches Geheiß dazu nicht ausreichte. Er wandte sich dann an den Theater- des Theaters, das er für ein Zettel fährte, was den Inhalt des Zettels hat zu machen. Dieser erklärte sich fährte dazu bereit, als er jedoch den Zettel gesehen hatte, legte er bestimmt und mit gekrümmtem Körper: „Huh dich Wälnahaus fährte.“

Sie sofort das Theater oder ich lasse sie hinauswerfen!“ und gab ihm den Zettel zurück. Bruno ging verduht in sein Hotel, er hätte gar zu gern gewußt, was auf dem Zettel stehe. Schließlich klingelte er dem Kellner, schenkte ihm fünf Franken und richtete an ihn dieselbe Bitte wie an den Türhüter des Theaters. Der Kellner warf einen Blick auf den Zettel und verschwand. In wenigen Augenblicken kehrte er mit dem Inhaber des Hotels zurück, der Bruno anfuhr: „Was unterstehen Sie sich! Räumen Sie sofort das Zimmer, hier können Sie nicht bleiben.“ „So kagen Sie mir doch wenigstens, was auf dem verdammten Zettel steht.“ Während fährte der Wirt: „Sie sind ein unverschämter Wälnahaus, hören Sie sich aus meinem Hause!“ So mußte Bruno mit seinen Koffern auf dem Bahnhof übernachteten. In der Heimat wieder angelangt, war sein erster Weg zu seiner Braut, die ihn voller Freude empfing. Sie merkte auch gleich, daß er etwas aus dem Herzen hatte, und drang in ihn, sich doch ihr anzuvertrauen. „Liebe Katharina“, sagte er bedrückt, „ich weiß, daß du gut französisch sprichst. In der Pariser Oper hat mir eine Schauspielerin diesen Zettel zugehen, den ich nicht lesen kann.“ Sie lächelte: „Zeig ihn her!“ Sie las den Zettel durch, ihre Augen wurden groß und klar. Dann brach sie in Weinen aus. „Mit diesem elenden Menschen bin ich nun verlobt! Gehen Sie, ich will Sie nie wieder sehen.“ Bruno flehte: „So sag mir doch wenigstens, was auf dem Zettel steht, ich bin ja ganz ungeschicklich daran.“ In diesem Augenblick trat ihr Vater ins Zimmer, der über diese Szene sehr erstaunt war. Seine Tochter reichte ihm den Zettel. Als er ihn gelesen hatte, sagte er: „Unter diesen Umständen muß auch ich Sie bitten, mein Hans für immer zu verlassen.“ Bruno schlug sich verzweifelt vor die Stirn. Er fährte nur noch: „Bei allem, was Himmel heilig ist, machen Sie mich nicht verrückt, kagen Sie mir, was auf dem verdammten Zettel steht!“ Mit der kalten Antwort: „Es ist unter meiner Würde, mich noch weiter mit Ihnen auseinanderzusetzen!“ verließ der alte Herr das Zimmer, und seine Tochter folgte ihm. Nach einer schlaflosen Nacht kame Bruno den alten Notar auf, der das Vermögen seiner Familie verwalten sollte. „Ich möchte einen Vertrag mit Ihnen machen“, schlug Bruno vor. „Sie erhalten von mir eine Summe von zwanzigtausend Mark, dafür verpflichten Sie sich, mir den Inhalt eines Zettels aus dem Französischen ins Deutsche zu übersetzen.“ Der Notar war außerordentlich über diesen Handel, erklärte sich aber schließlich dazu bereit. „Geben Sie den Zettel her.“ Bruno griff nach der Briefschale, in der er den Zettel bisher aufbewahrt hatte, fand ihn aber nicht. Er suchte in allen Taschen, ohne Erfolg. Mit Hilfe seiner Dienerschaft durchsuchte er später noch die ganze Wohnung, der Zettel jedoch war und blieb weg, und Bruno hat nie erfahren, was er enthielt.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Stimme eines Landmanns.

In dem Liederbuch, aus dem wir in der Schule sangen, stand ein Lied, das hieß laut Ueberschrift: „Lied des Landmanns an seinen Sohn.“ Und der Text des Liedes legte mit den schönen Worten ein: „Neb immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab.“

Na ja. Ein schönes Gedicht ist auch was wert — abgesehen von dem Dichterphilosoph Friedrich Nietzsche sagt: „Die Dichter sind zuviel.“ Wir sind viel zu höflich, unsere Agrarier noch den Liederbuch zu fragen, die sie ihren Söhnen heute vorlesen. Um so freudiger aber berichten wir, daß es natürlich auch unter den Landmännern Ausnahmen gibt, sogenannte weiße Raben, deren Lied sich vor aller Welt hören lassen kann. Zum Beispiel schreibt zu dem Thema, das uns alle in diesen Tagen aufs tieffte bewegt, zu dem Thema von unserm täglich Brot, von der Getreideumlage — schrieb kurz vor der Festsetzung der neuen Umlagepreise der sachsenburgische Ministerpräsident Langen, Landwirt und Mitglied der Demokratischen Partei, in der „Frankfurter Zeitung“ unter anderem folgendes:

„Der Preis für die abzuleifernde Menge muß dem Produktionspreis entsprechen... Die Produktionskosten setzen sich zusammen aus der Grundrente, dem Arbeitslohn, der Anschaffung von Kunsfänger und der Anschaffung von Betriebsmitteln. Gegenüber dem Friedenspreis sind die Preise für die Arbeitslöhne, Kunsfänger und Preise für Betriebsmittel im Durchschnitt um etwa das Fünfunddreißigfache gestiegen, die Löhne meist weniger, der Kunsfänger teilweise weniger, teilweise mehr, das Inventar, soweit es neu beschafft werden muß, durchweg etwas mehr. Also das Fünfunddreißigfache der Bodenrente eingerechnet, ergibt eine Berechnung auf solcher Grundlage einen Produktionspreis von etwa 5000 Mark für die Tonne Getreide (der Reichstag hat 6300 Mk. bewilligt). Wenn also nur ein Bruchteil der gesamten Menge der landwirtschaftlichen Gütererzeugung für diesen Produktionspreis, welcher etwa 35 Prozent des Weltmarktpreises ausmacht, vom Reich verlangt wird, so kann die wirtschaftliche Produktion dadurch nicht gefährdet werden, selbst wenn im kommenden Jahre durch weiteres Fallen der Valuta die Produktionskosten durch Erhöhung der Preise für die genannten Produktionsmittel weiter steigen. Denn die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Produktionspreis für 2,5 Millionen Tonnen Getreide — mag sie rechnungsfähig hoch erscheinen — verhindert nicht, daß in die Hand der Landwirte durch die freie zum Verkauf gebrachte Menge der erzeugten Güter eine so große Einnahme gelangt, daß damit alle Kosten für die zukünftige Produktion gedeckt werden können.“

Das ist das Urteil eines praktischen Landwirts, der damit den Wucherern, welche höhere Preise für das Umlagegetreide verlangen, alle fadenscheinigen Argumente glatt aus der Hand geschlagen hat. Das ist die Stimme eines Landmanns von Treu und Redlichkeit!

Noch einiges: Die Getreidepreise haben in den letzten Monaten nachstehende Entwicklung durchgemacht: (Es handelt sich um die Preise für einen Zentner Getreide in Mark.)

Getreide	Umlagepreise: Alte	Umlagepreise: Neue	Beichte im freien Markt Juni 22:	Beichte im freien Markt Sept. 22:
Weizen	165	370	1050	2875
Roggen	155	345	790	2500
Gerste	100	335	910	2200
Safer	90	320	850	2750

Hier sieht man die ungeheuerliche Preissteigerung in der letzten Zeit. Die Preise für Vieh, Eier, Geflügel usw. sind ebenfalls riesig in die Höhe getrieben worden. Die Produktionskosten auf dem Lande sind nicht entfernt in diesem Maße gestiegen. Trotzdem soll auch der Preis für das Umlagegetreide erhöht und damit der Hunger der arbeitenden Bevölkerung vermehrt werden. Da darf man auch wohl darauf hinweisen, daß auch der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, also eine Organisation, die sich stark aus den nationalen Mitgliedern rekrutiert, vor einiger Zeit auf einer Vertrauensmänner-Versammlung Groß-Berlins einen Beschluß faßte, in dem es u. a. heißt:

„Dem Verlangen nach Erhöhung des Umlagegetreides darf die Reichsregierung unter keinen Umständen nachgeben. Die deutsche Landwirtschaft hat hier ein geringes Opfer zu bringen, zu dem sie verpflichtet ist.“

Die Geldentwertung bringt beim Umlagegetreide wohl eine Einbuße für die Landwirte, aber zugleich ergeben die ungeheuren Preise für das freie Getreide einen Gewinn, der die Einbuße mehr als aufhebt. Aber selbst wenn dieser Erlös nicht in Frage käme, hätte die Landwirtschaft doch allen Grund, einmal Opfer zu bringen. Wir haben wiederholt darauf hinweisen müssen, daß der Marktschutz hauptsächlich nur die Lohn- und Gehaltsempfänger mit voller Wucht trifft, daß aber die

Lohn- und Gehaltserhöhungen keinen Ersatz für die fortgesetzten Einbußen bedeuten. Die Härte bleibt, und so müssen sich auch die Landwirte mit der Härte beim Umlagegetreide abfinden, genau so, wie sich die Tabakindustriellen mit den Härten der Tabaksteuer und die Gastwirte mit den Einbußen durch das Schlemmergesetz abfinden müssen. Die Niederhaltung des Brotpreises ist heute um so notwendiger, als der Kreis derer, die billiges Brot brauchen, im Winter größer und nicht kleiner wird. Es erklärt das Reichsernährungsministerium, Volkstücken und Massenverpflegungen seien unbedingt notwendig, weil auch — der Mittelstand bei der Teuerung nicht mehr mittleome.

Also Proletariat und Mittelstand in Not! Wer zweifelt da noch daran, daß der Kampf um billiges Brot eine wahrhaft nationale Angelegenheit ist?

Volksparteiliche Klauen.

Der sogenannte „Mangel an Vertrauen im Auslande“ gegenüber der jetzigen Regierung spielt in der Agitation der Volkspartei gegen das bürgerlich-sozialdemokratische Reichskabinett und für die Erweiterung der Koalition nach rechts eine erhebliche Rolle. Besonders wird bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß man gerade in Amerika, auf dessen künftige Anteilnahme an europäischen Angelegenheiten in der Welt großes Gewicht gelegt wird, nicht daran denke, der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung auch nur einen Dollar zu leihen.

Auf die Frage der Koalitionserweiterung nach rechts wollen wir hier nicht eingehen. Aber wo bleiben die Beweise der Volkspartei für die fortgesetzten Behauptungen? So wenig die Partei des Herrn Stresemann Anknüpfungspunkte für ihre zehnjährigen Aufstellungen hat, so viel Beweismittel gibt es, die Klarheit darüber bringen, daß der sogenannte Haß Amerikas gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung Deutschlands in der amerikanischen Presse mit deutschem Gelde gefördert wird und man es sich eine schöne Stange Geld kosten läßt, um die so herangezogenen Zeilen über den „Mangel an Vertrauen“ nach Deutschland zu faheln und hier ohne Scheu irgendwelcher Mittel weiterzubreiten zu lassen. Erst vor wenigen Wochen weilte ein maßgebender Amerikaner, Herr Cox, in Berlin. Kein Wort ist aus seinem Munde während seiner Besuche bei maßgebenden deutschen Persönlichkeiten über den „Mangel an Vertrauen“ in Amerika gefallen, und auch der amerikanische Gesandte in Berlin hat nie daran gedacht, dem Reichskanzler bei den vielen Gelegenheiten, die ihm geboten waren, auch nur ein Wort der Bestätigung für die Behauptungen der Volkspartei zu geben. Wenn man schon Behauptungen aufstellt, wie die Volkspartei, muß man auch die notwendigen Beweise liefern. Vielleicht ist Herr Niehoff, z. Bt. Gesandter des Reiches in Washington, in der Lage, mitzuteilen, was die Volkspartei durch seine Vermittlung tut, um einen „Mangel an Vertrauen“ in Amerika hervorzurufen.

Die Deutschnationalen gegen Stinnes.

Von hervorragender industrieller Seite veröffentlicht die „Deutsche Zeitung“ recht beachtliche Ausführungen zum Stinnes-Abkommen. Sie zeigen, wie sehr man in bestimmten deutschnationalen Kreisen gegen das Eindringen des neuen Nationalsozialismus in die schwarzweißrote Wählerschaft sich anzukämpfen bemüht. Es heißt da:

„So dürfte der Vertrag Stinnes-Lubersac die Ursache werden, eine Art Verkrüftung jedenfalls aller derjenigen Betriebe, die Baustoffe für Häuser liefern, herbeizuführen.“

Das wird dazu führen, daß im Binnenlande kein Mensch mehr in der Lage sein wird, irgend etwas von diesen Sachen zu kaufen, da die Preise durch einen einermahnen freien Wettbewerb nicht mehr gemindert werden können. Im Gegenteil, man wird die Preise zahlen müssen, welche die Macht des Trustes diktiert.

Es kommt hinzu, daß auch, wenn Stinnes selber an den Lieferungen nur im mäßigen Grade durch eigene Werke beteiligt ist, er durch die außerordentliche Gewalt, die dieser Vertrag in seine Hand gibt, in die Lage versetzt werden, ja, garabzu gezwungen wird, die sämtlichen Leistrüste unter seiner gewaltigen und tatkräftigen Hand zu vereinigen.

Aus diesen Tatsachen wird dann gefolgert, daß wir alsbald einen Zustand vor uns haben können, wo die Marx'sche Formel der Expropriation der Expropriateure noch vereinfacht wird. Denn ob Stinnes will oder nicht, so wird doch der Verkauf der Dinge zu einer Konzentration der Wirtschaftsmittel führen, die in der Richtung der von uns bisher für eine Utopie gehaltenen marxistischen Pläne liegt und die jedenfalls dem Marxismus den Zutritt auf die Wirtschaft wesentlich erleichtern wird. So daß wir, trotz ausgedrückt, eines Tages vor der Expropriation der Expropriateure stehen. Es wird dadurch der Sozialdemokratie und den sozialistischen Bestrebungen, wie Dr. Saug andeutete, in einer gar nicht hoch genug zu veranschlagenden Weise vorgearbeitet. —

Das ist die Meinung der „Deutschen Zeitung“. Sie bekämpft also Stinnes, weil er nicht nur Teufel und Ausbeuter ist, sondern auch weil er Wegbahner der sozialistischen Ideen sei. Dafür meinen die Irren in der Politik, die Kommunisten, die Sozialdemokratie verrate die Arbeiter an Stinnes!

Opferbereite Latmenmenschen willkommen.

Mit erschreckender Deutlichkeit hat der Rathenau-Mord die schlimmen Wirkungen der niederträchtigen Mordbegehung deutsch-nationaler und deutschsozialistischer Presseorgane gezeigt. Durch das Geheh zum Schutze der Republik sollte diese Begehung eingedämmt oder unmöglich gemacht werden. Wie aber auch jetzt noch eine gewisse Presse in der alten verlogenen Weise eine Atmosphäre schafft, aus der Anschläge, wie die auf Rathenau und Harden geboten werden, zeigt die nachstehende Auslassung des in München erscheinenden „Bölkischen Beobachters“:

Brandenburger! Preußen! Deutsche! Die Schicksalsstunde des deutschen Volkes hat geschlagen, mit allen Mitteln und Gemeinheiten der jüdischen Pressehandliten wird gegen die Brüder unseres Blutes gehetzt, die die Sturmflut der deutschen Freiheit in Bayern gehetzt haben! Sollen sie allein ohne unsere Hilfe, am Baue des deutschen Domes arbeiten? Wer von uns germanischen Deutschen ist ein solcher Hundsfott, daß er die Brüder und die Führer in der Not aus elendiger Feigheit im Stiche läßt? Der Werd an allen wahrhaften Deutschen schließt sich leide durchs Land! Gleich einer alles verheerenden Lawast soll der jüdische Volksewismus über die Fluren unseres Vaterlandes dahingehen. Erwaacht, ehe es zu spät ist! Nur opferbereite Latmenmenschen sind uns willkommen, auf Mitläufer verzichten wir. Von den Bergen Bayerns donnert die kommende deutsche Freiheit schon ihren Schlaggefang! Wer von euch hilft mit, die lobende Flamme der deutschen Freiheit zum freiesenden Brande zu entfachen?

Anschriften an Dr. Koch, Friedenau, Lesebstr. 19, oder Wehrmann, Sreglitz, Sidenbitt. 59.

Welche Art Schlaggefang der kommenden deutschen Freiheit von den Bergen Bayerns donnert, hat sich erst kürzlich bei den Demonstrationen in München gezeigt, hat sich auch gezeigt, als die bewaffneten Mannen der Organisation „Oberland“ in München einrückten und dort auf Weisung des Reichswehrgenerals n. Moehli in dem Realgymnasium einquartiert wurden. Werden die preussischen Behörden ruhig zusehen, daß auch in Berlin ähnliches sich organisiert oder werden sie vielmehr dem Herrn Dr. Koch in Friedenau und dem Herrn Wehrmann in Sreglitz auf die Finger klopfen?

Wenn die Kommunisten regieren.

Eine Korrespondenz des „Sozialistischen Boten“ aus Tula schildert in drastischer Weise die Mittel und Methoden, mit denen die kommunistischen Gewalttäter jede selbständige Regierung der Arbeiterkraft niederknüchten und auch die elementarsten Rechte der Arbeiter mit Füßen treten. In Tula, einem der wenigen Industriezentren Rußlands, finden gegenwärtig umfangreiche Betriebseinschränkungen statt. In der Waffen- und Patronenfabrik allein wurden kürzlich 6000 Arbeiter entlassen. Demnächst steht die Entlassung von weiteren 4000 bevor. Bei diesen Betriebseinschränkungen hat nun die kommunistische Verwaltung die Gelegenheit benutzt, um die ihr in politischer Hinsicht als „unzuverlässig“ erscheinenden Arbeiter auf die Straße zu werfen. Circa 30 Arbeiter wurden auf diese Weise, entgegen allen Vorschriften, entlassen. Sie appellierten an alle in Frage kommenden Instanzen, darunter auch an das Bezirkskomitee des Metallarbeiterverbandes in Tula. Selbst die dort sitzenden Kommunisten mußten anerkennen, daß die Entlassungen unherzichtig waren und daß die Betriebsverwaltung infolgedessen die Arbeiter wieder einstellen müsse.

Die Folge dieses Eingriffs war, daß eine Sitzung des Bezirkskomitees mit den Arbeitslosen anberaumt wurde. Aber einige Tage vorher wurden plötzlich 20 dieser Arbeitslosen verhaftet. Gleichzeitig wurden 5 weitere „unzuverlässige“ Arbeiter aus dem Betriebe verhaftet und nun sitzen 26 Proletarier bereits mehrere Monate im Gefängnis, während ihre Familien dem Hungertode preisgegeben sind. Jemand eine Schuld kann ihnen nicht nachgewiesen werden, die Anklage gegen sie lautet auf „Somajseindliche Agitation“, es sind aber nicht die geringsten Anhaltspunkte vorhanden, um diese Anklage irgendwie zu erhärten. Ein Teil der Verhafteten ist bereits in den Hungerstreik getreten und fordert die Beschleunigung der Unternehmung.

Außer den erwähnten Arbeitern sitzen im Gefängnis zu Tula seit April etwa 20 Eisenbahner, die bei der vor kurzem eingeleiteten Umformung der Gewerkschaften für eine energischere Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiter eingetreten waren. Auch hier ist die Anklage ganz allgemein gehalten.

Zeitung tut not.

Von Richard Mattheus.

Die Not der Zeitungen ist echt und erschreckend wahr. Hinter dem Wehgeschrei steht leider nur reine Welle. Nicht nur den kleinen und mittleren Zeitungen geht es schlecht, sondern auch den großen wirds heute hänglich um die Lebensader. In dem sogenannten Blätterwald fällt Baum um Baum.

Der Grund? Man muß das Paradoxon prägen: Das Papier frisst die Zeitung auf. Das geduldige Papier, das sich willig von den Rotationsmaschinen verschlingen ließ, ist dabei, ganze Betriebe zu verschlingen. Papier regiert die Welt. Der niedrigste Knecht von gestern, ein Stück altes Zeitungspapier, ist heute oberster Herr. Und die vielgerühmte Macht der Presse ist nicht einmal in der Lage, den Tod der Zeitungen aufzuhalten. Sie kann sich nicht einmal dadurch dagegen wehren, daß sie in die Geschäftspraxis der Papierfabriken hineinleuchtet. Raum ist daran gedacht worden, eigene Papierfabriken einzurichten. Die Arbeiterpresse darf diesen Gedanken jedenfalls nicht wieder aus den Augen verlieren. Sie ist gefährlicher als die anderen Zeitungen mit ihren Inseratenkulturen.

Es gibt große Gegner der Presse, die ihr alles Unglück in der Welt aufpacken. Der Wiener Karl Kraus kämpft jahrelang, ja jahrzehntelang gegen die Zeitung. Die Wiener bürgerliche Presse mag ein besonders gefälliges Ziel für diesen Kampf darstellen. Indes, beinahe sein ganzes Schriftstellerium der Zeitungsfeindschaft zu widmen, erscheint als eine besondere Art Donquixoterie. Nicht die Zeitung schlechthin taugt nichts, sondern diese oder jene. Er mag jetzt vor Freude Burzelbäume schlagen, daß heute die Zeitungen wie die Fliegen fallen, aber nicht durch seine Streiche, sondern durch die Klatsche des Papierpreises.

Geistig ist die Zeitung nicht auszurotten, wohl aber materiell. Das Lumpenzeug Papier wendet sich wider den Geist. Wer die Zeitung vernichten will, vernichtet die Zeit und macht sich selbst bedeutungslos. Wer ihren Tod wünscht, wendet sich gegen alles menschliche Streben und Ringen.

Was ist die Zeitung? Sie ist Geist. Sie ist ein tägliches Weltbild im Kleinen. Sie verleiht oft nicht Tiefe, aber Horizont. Sie ist der Aufhängeapparat der Ereignisse, die Chronik des menschlichen Tages. Sie ist die Antenne, die jede Bewegung des Erdengeschehens aufnimmt und anzeigt. Shaw sagt: Nichts, was nicht Journalismus ist, wird lange als Literatur lebendig

bleiben oder, solange es lebt, von irgendeinem Nutzen sein. Der Satz trifft alle Zeitungsfeinde ins Herz. Wer für den Tag schreibt, schreibt für die Ewigkeit. Wer seiner Zeit dient, dient der Menschheit. Der Tagraum ist wichtiger als alle Geisteranrufung. Dem Tag Ausdruck zu geben ist wertvoller als sich ins Unergründliche zu versenken. Meistern wir zu allererst das Sichtbare, ehe wir am Unsichtbaren unsere kurze Zeit vertun. Erobern wir die Erde! Sie ist noch lange nicht unser.

Diese Haltung ist feinsten Journalismus. Ihr dient die Zeitung. Sie ist das Material aller Kunst, der Anfang der Literatur, der Weg zur Unsterblichkeit. Gewiß, sie ist formlos, birgt aber die Elemente aller Formen in sich. „Am Anfang steht das Wort“, wie es der Tag uns zuträgt.

In der Mechanik ihres Aufbaues, in der Buntheit ihres Inhalts, in ihrer rationalen Organisation birgt sich die irrationale Organik und Kraft des Lebens und all seiner Erscheinungen. In der Zeitung hat sich der Tag sein Symbol gefaßt. Der Intellektualität des Zeitungsbetriebes entspricht mit Notwendigkeit die Ausdrucksstärke seines Erzeugnisses, der Zeitung. Die Ereignisse des Tages sind erkennbare Zeichen des Weltengeschehes, die Bewegung der Oberfläche Ausdruck der Tiefe. Alles Wirken und Schicksal der Menschheit findet in der Zeitung seine erste Beurteilung. Der ganze Lebenskreis durchläuft sie. So ist das Leben. Der Atem der Welt wird hier angezeigt.

Deshalb ist die Zeitung der erste und einfachste Leitfaden durch den Tag und die Zeit. Und keiner kann sie entbehren, der um das Gesicht der Erde ringt und die Ordnung der Dinge will. Das ist heute im eigentlichen Sinne nur der Arbeiter, der Sozialist. Er sieht vorwärts. Er ist der Schaffende, der Willensmensch mit einem starken ethischen Fundament. Er ist der Träger der Zukunft und sucht nach ihrer Gestalt. Darum ist seine Presse notwendiger denn je. Wer dem Tag lebt, lebt der Zukunft. Darum ist er mehr verpflichtet als je, seine Presse zu erhalten. Der Stedler, dessen Land durch die Flut bedroht ist, wird es befestigen und um so mehr lieben. Und der Arbeiter? Die Zeitung ist die erste Stellung dem Gegner gegenüber. Fällt sie, sind alle anderen äußerlich bedroht. Die Zeitung ist die beste Waffe, weil das Wort die schneidigste ist. Wenn sie der Arbeiter aus der Hand legt und ihren Wert verkennt, verliert er den Glauben an seine historische Sendung und gibt seine Sache auf. Das Zeitungssabonement ist seine erste Bewaffnung.

Der Ruf „Zeitung in Not“ geht durch die Lande, stärker noch erschalle der andere: „Zeitung tut not!“

Wiedmärkte.

Hamburg, 12. September.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtochmarkt, wird mitgeteilt:

Kälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppelfender 10 500—12 500 M., feinste Mastkälber 9500—10 000 M., mittlere Mastkälber 7500—9400 M., geringere Kälber 6000—7000 M., mütterne Kälber 6000—7000 M. Zufuhr: 1080 Kälber.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fette Schweine über 250 Pf. 15 000—16 000 M., mittelschwere Ware über 220 Pf. 14 000—15 000 M., gute leichte Ware von 180—220 Pf. 12 500—13 500 M., geringere Ware 10 000—12 000 M., beste Sauen 14 000—15 000 M., geringere Sauen 11 000—13 000 M. Zufuhr: 2550 Schweine.

Devisen-Kurse.

Berlin, 13. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	12. Septbr	11. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	5826.60 5992.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10788.50 11186.00
Kristiania	100 Kr.	25283.35 25767.75
Kopenhagen	100 Kr.	32359.50 32953.75
Stockholm	100 Kr.	39990.90 40948.75
Helsingfors	100 Finn. Mk.	3285.55 3455.65
Rom	100 Lire	6416.55 6641.65
London	1 £	6716.55 6866.40
New York	1 Doll.	1493.15 1583.07
Paris	100 Frs.	11750.55 11785.25
Zürich	100 Frs.	28240.65 29163.50
Madrid	100 Pesetas	23021.15 23670.35
Wien	100 K.	1.93 1.95 1/2
Prag	100 K.	5053.65 5293.35
Budapest	100 K.	60.92 60.92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. V.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Hotels, Restaurants, Cafes, Vereinigungen

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrstokal der sämtlichen Gewerkschaften.

Stadthallen-Restaurant. F. 396. Täglich
Künstler-Konzert. Sonntags vornehmes
Kränzchen. C. Hanschen.

**Restaurant und Café zum Deutschen
Kaiser.** Inh. Aug. Brück Wwa. Königstraße 41.
Fernsprecher 531. Gute Küche. Sträßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben. F. 8986. Fleischhauer-
straße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-1 Uhr
Künstlerkonzert.
Billards. W. Bruhn.

Stadthallen - Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr.

Stadt-Café Holstenstraße 17.
Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwa.
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8695. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem
nur die ansehnlichsten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Wein-
stuben. Dezerne Musik.

Gerhard Tschorn Speisekassino.
Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei - Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf ingen-
grosser Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 25.

Ludwig Zander Juwelier u. Gold-
schmied.
Fernruf 8700. Mariesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt
Plattenstraße 8. Uhren, Goldwaren,
Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren, Versüb., Alpacca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.

Meyer & Eggert Fernruf 2425.
Königstraße 118.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente, Bestandteile, Noten jeglicher
Art. Saiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren,
Mandolinen usw.
Ernst Behert, Breite Straße 29. Fernr. 8750.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten
Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Schuhhaus Zentrum Inh.: W. Ludwig, Marktwiese 2.

Musikhaus Jack Musikalien aller Art. Marktwiese 2.

Grabsteint J. G. Rediglaub Nollg. Israelsdorfer Allee 17. u. 34.
Fernsprecher 8197.
Größte Auswahl am Platze. Billige Preise.

Restaurant Spabvogel Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202.
Gemütlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-
Konzert.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee. Fernruf 2394.
Restaurant, Café, Konditorei.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte.
Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung
und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübeds seine Lebens-
mittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1.
Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8398.

Dauer-Fahrplan des Lübeder Volksboten.

Hamburg		Büchen		Eutin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde
5:45	7:35	5:50	7:35	5:50	7:35	5:50	7:35
7:00	8:50	7:05	8:45	7:05	8:45	7:05	8:45
7:45	9:35	7:50	9:35	7:50	9:35	7:50	9:35
9:00	10:50	9:05	10:45	9:05	10:45	9:05	10:45
11:00	12:50	11:05	12:45	11:05	12:45	11:05	12:45
1:00	2:50	1:05	2:45	1:05	2:45	1:05	2:45
3:00	4:50	3:05	4:45	3:05	4:45	3:05	4:45
4:00	5:50	4:05	5:45	4:05	5:45	4:05	5:45
5:00	6:50	5:05	6:45	5:05	6:45	5:05	6:45
6:00	7:50	6:05	7:45	6:05	7:45	6:05	7:45
7:00	8:50	7:05	8:45	7:05	8:45	7:05	8:45
8:00	9:50	8:05	9:45	8:05	9:45	8:05	9:45
9:00	10:50	9:05	10:45	9:05	10:45	9:05	10:45
10:00	11:50	10:05	11:45	10:05	11:45	10:05	11:45
11:00	12:50	11:05	12:45	11:05	12:45	11:05	12:45
12:00	1:50	12:05	1:45	12:05	1:45	12:05	1:45
1:00	2:50	1:05	2:45	1:05	2:45	1:05	2:45
2:00	3:50	2:05	3:45	2:05	3:45	2:05	3:45
3:00	4:50	3:05	4:45	3:05	4:45	3:05	4:45
4:00	5:50	4:05	5:45	4:05	5:45	4:05	5:45
5:00	6:50	5:05	6:45	5:05	6:45	5:05	6:45
6:00	7:50	6:05	7:45	6:05	7:45	6:05	7:45
7:00	8:50	7:05	8:45	7:05	8:45	7:05	8:45
8:00	9:50	8:05	9:45	8:05	9:45	8:05	9:45
9:00	10:50	9:05	10:45	9:05	10:45	9:05	10:45
10:00	11:50	10:05	11:45	10:05	11:45	10:05	11:45
11:00	12:50	11:05	12:45	11:05	12:45	11:05	12:45
12:00	1:50	12:05	1:45	12:05	1:45	12:05	1:45

Kleinen

Lübeck	Büchen	Lübeck	Büchen
7:15	8:15	7:15	8:15
8:15	9:15	8:15	9:15
9:15	10:15	9:15	10:15
10:15	11:15	10:15	11:15
11:15	12:15	11:15	12:15
12:15	1:15	12:15	1:15
1:15	2:15	1:15	2:15
2:15	3:15	2:15	3:15
3:15	4:15	3:15	4:15
4:15	5:15	4:15	5:15
5:15	6:15	5:15	6:15
6:15	7:15	6:15	7:15
7:15	8:15	7:15	8:15
8:15	9:15	8:15	9:15
9:15	10:15	9:15	10:15
10:15	11:15	10:15	11:15
11:15	12:15	11:15	12:15
12:15	1:15	12:15	1:15

Segeberg

Lübeck	Segeberg	Lübeck	Segeberg
7:15	8:15	7:15	8:15
8:15	9:15	8:15	9:15
9:15	10:15	9:15	10:15
10:15	11:15	10:15	11:15
11:15	12:15	11:15	12:15
12:15	1:15	12:15	1:15
1:15	2:15	1:15	2:15
2:15	3:15	2:15	3:15
3:15	4:15	3:15	4:15
4:15	5:15	4:15	5:15
5:15	6:15	5:15	6:15
6:15	7:15	6:15	7:15
7:15	8:15	7:15	8:15
8:15	9:15	8:15	9:15
9:15	10:15	9:15	10:15
10:15	11:15	10:15	11:15
11:15	12:15	11:15	12:15
12:15	1:15	12:15	1:15

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe.
Markthaleneingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Mariesgrube 45, 40.
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels.

Georg Petersen Hürstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und
Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergroße Abteilung Mühlenstr. 52
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.

Koks - Kohlen - Briketts
Alleinvertreib des Lübeder Gaskoks.

Max Boye Heiz-, Kohlen- und Holz-
kohlen-Lager. Täglicher
Platzverkauf: Falckenstraße. Telefon 8441.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhabe Hermann Kubli.
Oelen, Herde, Grudcherde, Gaskocher Größte Auswahl bei
günstigsten Preisen.

Camphausen & Co.
Kraftfahrzeuge.

E. Braun-
Schweig Noll. Kohlen
Koks
Briketts
Fernruf 8210, 8717.
Johannisstraße 16, I.

F. W. Nietz
Transport- und Feuerungsgeschäft
Koks, Kohlen, Briketts. Fernruf 943. Pelzerstr. 24

Spanelli
Milch-Schokolade
Schweizer Art.

Restaurant Zum Stadtpark
Sonntags Familienkränzchen.

Lebensmittel und Drogen

L. Roeper Fernruf 8915. Königstr. 75.
Kaffee- und
Kolonialwaren.

Reserviert für
J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee
59a und b.
Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck
Fernruf 478. Königstraße 98. Spezial- Butter-
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

Aland Bod- u. Bierwurst.

Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe“ Alfr. Beßmann
& Co., Lübeck. Fernruf 1852. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651.
Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buch Fernruf 8734.
Breite Straße 36.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

Johannes Hanssen Balauerfohr 17
Kolonialwaren — Fettwaren.

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spethmann & Fischer Kartoffeln,
Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von
Lebensmitteln. Alfstraße 25.

C. F. Aim Holstenstraße 12. Fernruf 900.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe. Toiletart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

Lübeder Central-
Brotfabrik
R. Spangenberg, Linden-
straße 20/22.

Fr. Weingärtner
Nachf. Johannisstr. 3
Konfitüren, Delikatessen

Sattl- und
Lederwaren

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Dopp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

Willh. Ewert Schuhwaren. Untertrave 8.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Reblen Schwönekenquerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

B. Dittmer Fünfhausen 7. Schuhreparatur-
werkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Alexander Krock Königstr. 47,
b. d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

F. Fränkel
Breite Straße 95 und
Holstenstraße 4.
Billigste Bezugs-
quelle in echten
Lederwaren, Koffern
und Reiseartikeln.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 13. September.

Der Sozialdemokratische Verein

hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Genossen in der üblichen Weise geehrt. Besonders gedachte der Vorsitzende, Genosse Löwig, ehren der langjährigen Tätigkeit des Genossen Jgmar Böger. Darauf sprach Genosse Marks über die Volkshochschule. Er zeigte, welche reges Interesse seinerzeit bei der Gründung dieses Bildungsinstituts in der breiten Masse vorhanden war, leider nunmehr aber sehr zurückgegangen ist. Im ersten Jahre waren über 4000 Hörer vorhanden. Im zweiten Jahre waren es nur noch 2566 und im dritten Jahre sank die Zahl noch weiter. Der Staatszuschuß betrug im ersten Jahre 43 000 Mk., im zweiten 85 000 Mk. und im dritten 100 000 Mk. Die Gebühr für die Hörer mußte fortwährend heraufgehoben werden. Sie betrug im ersten Jahr 5 Mk. und wird in diesem Jahre auf 40 Mk. erhöht. Der Redner wünschte, daß der Senat der Volkshochschule größere Interesse entgegengebracht hätte und mehr Mittel zur Verfügung gestellt worden wären. Ganz entscheidend wandte er sich gegen den Vorschlag des Landesrats, die Schule nach Bremer Muster auf antirepublikanische und christliche Grundlage zu stellen. Die Volkshochschule sei ein vorzügliches Bildungsinstitut. Es müsse daher alles daran gesetzt werden, sie zu erhalten und die Arbeiterschaft mehr als bisher dafür zu interessieren. Marks sprach dann für die Verstaatlichung der Schule unter der Bedingung, daß sie nicht der Oberbehörde unterstellt würde. Er stellte zum Schluß einen Antrag, der dahin geht, daß ein Ausschuß eingesetzt wird, welcher gemeinsam mit dem Verwaltungsausschuß der Schule die Frage der Verstaatlichung prüfen und eventuell auch Vorschläge dafür zu machen hat. Genosse P. Löwig betonte, daß die Sozialdemokratie für die Erhaltung der Volkshochschule eintreten möchte. In welcher Form sie erhalten werde, das sei eine andere Frage. Mit der Verstaatlichung müsse man auch mit einem größeren Einfluß des Staates rechnen. Es sei ein Irrtum von Marks, wenn er meine, daß der Staat zu wenig Interesse an der Schule gezeigt und keine weiteren Mittel gegeben werden sollten. Die bewilligten Summen bewiesen die Unhaltbarkeit dieser Ansicht und niemand denke daran, künftig der Schule keine Mittel mehr zur Verfügung zu stellen. Genosse Löwig schlug vor, den Antrag Marks dem Bildungsausschuß zu überweisen. Die Hauptfrage aber sei, daß in der breiten Masse mehr Interesse für die Volkshochschule geweckt werde. — Genosse Bromme unterstrich die Ausführungen des Vorredners und empfahl ebenfalls eine stärkere Propaganda für die Schule. — Genosse Dr. Pöth erklärte, daß das von Marks vorgetragene Zahlenmaterial nicht viel belege. Der Hauptwert müsse auf das Erreichte gelegt werden. Sätten wir die Volkshochschule nicht, so habe die Partei die Pflicht, selbst die Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Bei einer Verstaatlichung müsse und könne auch der Einfluß der Lehrer und Hörer erhalten bleiben. — Genosse Krieger verwies auf die Bildungsbefreiungen, die früher von der Partei unternommen wurden und trat warm für die Erhaltung der Volkshochschule ein. — Nach einem kurzen Schlußwort von Marks wurde der Antrag auf eventuelle Verstaatlichung dem Bildungsausschuß überwiesen.

Ueber den Bezirks Parteitag, der am 8. und 9. Oktober in Bülow stattfindet, sprach Genosse Weiß. Der Vorstand und Ausschuß habe sich bereits mit der Tagesordnung dieses Parteitages befaßt und schlage vor, als besonderen Punkt die Angelegenheit der Parteifrage auf die Tagesordnung zu stellen. Es sei dringend nötig, daß sich die Partei mit dieser Frage befasse, damit Einheitsfront darüber erzielt werde. Lübeck habe das Recht, 40 Delegierte zum Parteitag zu schicken. Vorstand und Ausschuß wollten es aber bei sechs bewenden lassen und der Bürgerfraktion empfehlen, aus ihrer Mitte zwei weitere Vertreter zu entsenden. Von den sechs Delegierten sollten drei vom Ortsverein Lübeck und drei von den Ortsgruppen der Umgebung Lübecks gewählt werden. Diese Anträge fanden Annahme. — Genosse Henze begrüßte es, daß die Angelegenheit der Parteifrage auf dem Parteitag besprochen werden soll. Er hielt eine grundsätzliche Behandlung dieser Dinge für dringend nötig. Wirtschaftlich betrachtet, gehöre ohne Frage ein Teil der Provinz Lübeck und des Landes Mecklenburg zu Lübeck. Die richtige Lösung der Eingliederungsfrage liege im Interesse der allgemeinen Wirtschaftlichkeit. — Genosse Dreger ist vor allem aus wirtschaftlichen Gründen für eine baldige Regelung der Angelegenheit. Es sei ein Fehler, wenn führende Parteigenossen sich in dieser Frage bekämpfen und so Verwirrung in die Reihen der Mitglieder tragen. Lübeck dürfe in der Entwicklung nicht gehemmt werden, da es große Aufgaben besonders im Hinblick auf die östlichen Länder zu erledigen habe. — Genosse Bromme hob hervor, daß sich schon viele Sitzungen und Versammlungen mit der Angelegenheit beschäftigt hätten, nun müsse aber bald zur Abstimmung geschritten werden.

Uebam sprach noch Genosse Weiß über die Not der Zeitungen, hervorgerufen durch die ungeheuren Papierpreise und die Geldentwertung. Der Bezirksvorstand habe sich in einer Sitzung mit der Notlage der Presse beschäftigt und beschlossen, Preisfonds-Marken auszugeben. Genosse Weiß hob die große Bedeutung der Parteipresse für die Arbeiterschaft hervor und ermahnte die Genossen eindringlich, ihr Blatt weitgehend zu unterstützen und dem Preisfonds Mittel zuzuführen. Die wichtigste Waffe im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterschaft müsse erhalten bleiben. — Die Genossen Lakke, Bromme, Marks und Münstermann unterstützten diese Ausführungen und forderten, daß vornehmlich in den Betrieben für den Volksboten Propaganda entfaltet wird. — Die Delegiertenwahl hatte folgendes Ergebnis: Gewählt sind die Genossen Dreger und Wegner und die Genossin Schmalfeld.

Starke Erhöhung der Gaspreise.

Bekanntlich regeln sich gemäß Beschluß des Senats und der Bürgerfraktion die Gas-, Wasser- und Strom-Preise nach dem jeweiligen Stande des Kohlenpreises. Da die Abhebungen der Stände vierteljährlich erfolgen, wurden bislang zu Anfang eines jeden Vierteljahres die neuen Preise festgesetzt. Die letzten Preise für Gas, Wasser und Strom basierten auf den Kohlenpreisen für den Monat Juni. Die maßlose Werteverminderung aller Gegenstände, vor allem aber der Kohle, tritt wie die Direktion des Gaswerkes schreibt, bei der Neufestsetzung der Preise zum 1. September ungewöhnlich scharf in die Erscheinung, da die Preiserhöhung für Juli und August bisher noch nicht berücksichtigt waren und außerdem bekanntlich die Septemberpreise der Kohle noch um weitere 150 Prozent gesteigert wurden. Sogar tritt die bekannte Erhöhung der Preishöhe.

Das Resultat ist, daß seit dem Juni sich heute die Kohlenpreise um das 3,65fache verteuert haben und diese Vertauung findet ihre Auswirkung in den Preisen der Werte. Während andere Städte in den letzten Monaten bereits ein

Mehrfaches des Lübecker Gaspreises erhoben, rückt erst heute Lübeck mit seinen neuen Preisen wieder in die Reihe der Städte mit höheren Preisen ein.

Die Belastung von 21 Mk. für das Cbm. Gas wird zweifellos außerordentlich schwer familiäre Haushaltungen drücken. Interessant ist es aber, in diesem Zusammenhange festzustellen, inwieweit das Gas bei diesem Preise heute die Konkurrenz mit der Kohlenheizung bestehen kann. Während in Friedenszeiten im Jahre 1918 die Tonne Gasohle frei Lübeck 14,50 Mark kostete, ist heute der Preis auf 5673 Mk. gestiegen. Das ist eine 392fache Vertauung. Der Friedenspreis für Gas betrug 13 Pfg., er steigt auf 21 Mk. Die Vertauung beläuft sich also auf das 161fache. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Kohlen um das 2,43fache stärker geliegen sind, als selbst der Gaspreis bei 21 Mk. War es in Friedenszeiten ein wirtschaftlicher Vorteil Gasheizung zu verwenden gegenüber der Kohle, so hat sich dieser Vorteil heute noch ganz wesentlich gesteigert.

Die Begründung dafür, daß die Gaspreise nicht in demselben Verhältnis wie die Kohlenpreise gestiegen sind, beruht darin, daß die Erzeugungsanlagen, das Rohnetz und die Gasmeter in Friedenszeiten zum größten Teil erbaut sind und heute die Verzinsung und Tilgung der hierfür aufgenommenen Anleihen nicht mit dem Gold-Wert, sondern dem Papier-Wert erfolgt. Würde man sie in demselben Verhältnis steigern — wie dies wäre kaufmännisch zweifellos richtig — wie die Papier-Mark gegenüber der Gold-Mark gekunten ist, so würden die Gaspreise in demselben Verhältnis wie die Kohlenpreise gestiegen sein. Es wäre alsdann notwendig, für das Cbm. Gas nicht 21 Mk., sondern 51 Mark zu erheben. Auf die Dauer wird ein Verzicht auf die erhöhten Verzinsungen und Abschreibungen zweifellos nicht zu vermeiden sein, da sonst jede Erweiterungsmöglichkeit und Ertrag, der durch natürlichen Verschleiß bedingt ist, unmöglich wird.

Das in Vorstehendem in bezug auf das Gaswerk Ausgeführte gilt vollinhaltlich auch für das Elektrizitätswerk und für das Wasserwerk. Hier ist die Vertauung auch bei weitem nicht in dem Maße erfolgt, wie die Vertauung der Kohle. Die Begründung liegt auch hier an den viel zu ungenügenden Abschreibungen. Die Wirkung zeigt sich am stärksten bei dem heutigen Lichtstrompreis, da bekanntlich die notwendige Verzinsung und Tilgung für Lichtstromabgab sehr viel höher sein muß, als bei Kraftstrom, Wasser- und Gaswerk. So kommt es, daß der Lichtstrompreis mit 51 Mk. gegenüber 45 Pfg., vom Frieden nur um das 145fache, der Kraftstrompreis mit 48 Mk. gegenüber 20 Pfg., um das 120fache und der Wasserpreis mit 12 Mk. gegenüber 10 Pfg., nur um das 120fache gestiegen ist.

Für familiäre Haushaltungen, vor allem für solche, welche infolge der Wohnungsnot und der erzwungenen bekedeneren Lebenshaltung Räume mit Beleuchtung abgegeben haben, wird es interessant sein, zu erfahren, wie sich bei diesen Preisen die Beleuchtungsstunden stellen. Die nachstehenden Angaben können jedoch nur als Normalfälle angesehen werden, da der Verbrauch an Gas und Strom bei den verschiedenen Brennsystemen und dem Zustand der Lampen und Einrichtungen schwankt.

1 normaler Hängelichtbrenner mit 150 l Verbrauch kostet etwa 3,15 Mk. 1 normaler Stiellichtbrenner mit etwa 180 l Verbrauch kostet etwa 3,80 Mk. 1 Kochflamme bei vollem Brand mit etwa 400 l Verbrauch kostet etwa 8,40 Mk. 1 Hängelicht-Zweibrenner mit etwa 70 l Verbrauch kostet 1,47 Mk. 1 Stiellicht-Zweibrenner mit etwa 80 l Verbrauch kostet etwa 1,68 Mk. 1 Zwergebrenner (Treppenhausebeleuchtung) mit etwa 40 l Verbrauch etwa 0,84 Mk. bezogen auf die Brennstunde. — 1 gut gewärmtes Kollbad mit einem Verbrauch von etwa 1,7 Cbm. Gas zirka 36 Mk. — Die 16kerige Metallfadenlampe 20 Watt wird etwa 1,02 Mk., die 25kerige Metallfadenlampe 30 Watt wird etwa 1,53 Mk., die 32kerige Metallfadenlampe 40 Watt wird etwa 2,04 Mk., die 50kerige Metallfadenlampe 60 Watt wird etwa 3,06 Mk. für die Brennstunde kosten. Bügeleisen mit 450 Watt 29 Mk.

Blindenbeschäftigung in Lübeck. Seit Wochen wird in Lübeck von einem Berliner Unternehmer ein durch Flugblätter wohl vorbereiteter Hausierhandel in Blindenarbeiten, namentlich Bürstenwaren, betrieben. Unter dem Publikum herrscht tieflich die Meinung, daß dieser Unternehmerrich mit der hiesigen Blindenbeschäftigung, Redergarbe 6, in Verbindung steht. Zur Aufklärung sei darauf hingewiesen, daß die hiesige Blindenbeschäftigung mit dem Berliner Unternehmen in keinerlei Zusammenhang steht und daß es durchaus unerwünscht ist, auswärtige Unternehmen, von denen man nicht einmal weiß, ob sie tatsächlich Wohlfahrtszwecken dienen, zu unterstützen. Viel mehr erwünscht ist es, daß die hiesige Blindenbeschäftigung durch Zuweisung von Aufträgen in Rohstoffbetrieben, Korbarbeiten usw. in den Stand gesetzt wird, die hiesigen Blinden zu beschäftigen und sie dadurch vor der Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung zu bewahren.

Der Wucher des Nahrungsyndikats. Die Regierung habe angekündigt, sie würde die Preiserhöhungen des Nahrungsyndikats nachprüfen lassen, ob sie nicht bereits Wucher wären. Darauf hat, wie aus Leipzig gemeldet wird, das Nahrungsyndikat den Preisauflage von 95 Prozent auf die Preisliste vom 21. August mit Wirkung vom 4. September ab auf 60 Prozent herabgesetzt. Wie mitgeteilt wird, hätten unter anderem die angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung einen dahingehenden Einfluß auf die Preispolitik des Syndikats ausgeübt. Hoffentlich wird jetzt erst recht gegen das Syndikat eingeschritten. Der Vorgang beweist aber, daß energische Maßnahmen der Behörden notwendig sind. Bis jetzt hat man aber der Preisdikatur der Industrie- und Landwirte so gut wie gar keinen Widerstand entgegenzusetzen.

pb. Güterverabreichung. Festgenommen wurden drei hier mohnhafte Hafenarbeiter, die sich verschiedener Güterverabreichungen hatten aufheben kommen lassen. Die Durchsuchung ihrer Wohnungen förderte eine große Menge Diebstahl, vornehmlich Textilwaren, Anzugstoffe usw. im Werte von vielen tausend Mark zutage.

pb. Raubüberfall. Als gestern Abend gegen 8 1/2 Uhr eine ausländische Dame die Bahnhofstraße entlang ging, sprang plötzlich ein etwa 25 jähriger Mann aus einem Gebüsch heraus und entriß ihr eine Handtasche, in der sich u. a. 288 Belg. Franken befanden. Obwohl der Täter sofort von Passanten verfolgt wurde, konnte er in der Dunkelheit in den Anlagen entkommen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Nächste Betriebsräte! Die Anmeldungen für die Betriebsräte müssen bis zum 15. September erfolgen. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung mehr finden. Es wird unterrichtet über Betriebsrätegesetz, Volkswirtschaftslehre, Betriebslehre und Privat- oder Gemeinwirtschaft.

Stadttheater. Donnerstag wird zum ersten Mal die „Söldin“, Oper von Halévy, gegeben. Die Titelfolle Frau Bartla-Jonas, die sich in dieser Rolle dem Publikum zum ersten Mal als hochdramatische Sängerin vorstellen wird. Den Gleazar singt Herr Heimberg, den Kardinal Herr Keren.

Sozialden. Frauen. „Distrikt Markt“. Donnerstag, den 14. Septbr., abends 8 Uhr, bei Grotz, Kottwitzstr. Versammlung mit Vortrag des Gen. Wolfbradt.

Angrenzende Gebiete.

N. Vansdorf. Netze Selbstversorger. In der jetzigen Entzeit wollen die Klagen über nächtliche Verwüstung der Felder nicht verstummen. Nicht nur die Gärten werden ihrer Rehren beraubt, sondern ganze Heden gestohlen. Das Obst scheint vogelfrei zu sein. Natürlich wird in den meisten Fällen die Schuld an diesen Diebstählen dem Proletariat und den Arbeitern in die Schuhe geschoben. Jetzt ist es endlich gelückt, einen der Felder diebe zu fassen. Der Dieb war aber nicht „ein kleiner Mann“, sondern ein dicker reicher Selbstversorger! Auf dem Heimwege von einer Gemeinderatsitzung in Vansdorf gegen 12,30 in der Nacht vom 8. zum 9. September sahen die Gemeinderatsmitglieder Schlossermeister Krell und Otto Langbehn aus Timendorfer Strand, wie auf einer Koppel von Vansdorf Haferwagen auf einen Wagen geladen wurden. Sie eilten auf den Wagen los und bewirkten, daß zwei männliche Personen auf Fahrtrabern ausrissen und der Wagen querfeldein faufte. Sie jagten dem Wagen nach und hielten ihn an einem Knick, den er nicht durchqueren konnte, glücklich fest. Zu ihrem ungeheuren Erstaunen mußten sie in ten gemeinen Felddieben die Händlerin Frau Caro aus Böds und ihre Söhne feststellen. Der Wagen war bereits bis zur Hälfte beladen. Frau Caro und Mann besitzen in Böds eine größere Landwirtschaft mit großem Viehbestande. Daneben betreiben sie einen ausgedehnten Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Sie gelten als sehr wohlhabend. Allgemein ist es bereits aufgefallen, daß sie ihren Handel fast ausschließlich des Nachmittags bis in die späten Abendstunden hinein ausbilden. Jetzt ist der Zweck ihrer Handels zu später Stunde klar geworden; desgleichen auch die Quelle aus der wöl zum Teil ihr Reichtum stammt. Es sind wirklich eifrige, arbeitame Selbstversorger!

Hamburg. Entsetzlicher Unfall. Eine Witwe kam beim Besteigen eines Straßenbahnwagens infolge vorzeitigen Abfahrtsignals des Schaffners zu Fall und geriet unter die Räder des Anhängers, die unglückliche Frau wurde buchstäblich zermalmt.

Altona. Vergiftung durch Pferdefleisch. Nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankte unter Vergiftungserscheinungen am Montag eine ganze Familie. Der Mann, die Frau und zwei Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Weitere Ermittlungen ergaben, daß in 14 Haushaltungen insgesamt 46 Personen nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankt sind. Es handelt sich in allen Fällen um die gleiche Bezugsquelle. Todesfälle sind bisher nicht gemeldet.

Rostock. Die Entdeckung Amerikas an der Ostsee. Aus Rostock wird berichtet: Vor kurzem sah ich eines Morgens auf der Warnow zwei wunderliche Fahrzeuge, von kleinen Schlepfern gezogen, nach Warnemünde ziehen. Aus länglichen flachen Jachshunderten mußten sie kommen, diese alten Schiffstoggen mit dem tiefen Einschnitt in der Mitte und dem hochragenden Maststebel. „Santa Maria“ und „Pinta“ sind, die Karavelen des Columbus, die nach alten Modellen schnell zusammengezimmert sind, um bei einer großen Expedition nach Amerika „Christoph Columbus“ mitzuführen. Am Ostseestrande, östlich von Warnemünde, auf dem bisherigen Marinestützplatze, finden gegenwärtig die Hauptaufnahmen statt; dort erheben sich, hünenhaft und nach den geschichtlichen Vorlagen des Madrider Museums gebaut, die zinnengekrönten Türme der spanischen Hafenstadt Palos, die den Weltentdecker einst auf seine sieghafte Fahrt hinausbrachten. Albert Bassermann stellt, reich gekleidet, den spanischen Admiral dar, und mit ihm sind Ehe Bassermann, Carola Toelle, Tamara Druan und viele andere aus Berlin gekommen; ein ungeheurer Apparat ist für diesen „Weltfilm“ aufgestellt; 2000 Menschen — Rostocker Studenten, Bürger und Bürgerfrauen und -Fräulein, Warnemünder Fischer und Matrosen — wirken bei den Massenaufnahmen mit; am ganzen Strande ein lebhaftes und buntes Gewimmel: Rostöcker, Papageien, Affen und andere Tropfäen aus der neuentdeckten Welt. Im „Hafen“ nahe dem Strande liegen „Santa Maria“ und „Pinta“ mit ihren Besatzungen. In unferem „grünangelegten Winter“, der sich Holz „Sommer“ zu nennen beliebt, weht natürlich eine eifige Brise von der See her: ein frohliches Begrüßen, diese fast den ganzen Tag andauernden Filmaufnahmen! Alles friert! Amirante Bassermann friert, friert just an seinem 55. Geburtstag und läßt sich in jeder Spiel-eien Minute einen molligen weißen Mantel umschmeißen; Ferdinand von Neugarten und Jabella von Castilien und Leon frieren miteinander um die Weite; es frieren die Ritter zu Fuß und zu Pferde, die Pagen und Knappen, die Mönche und Nonnen; es frieren vor allem die leichtgeschürzten Indianer-Herren und -Damen, und eine von ihnen muß gar im Krankentorb abgeführt werden. Im Hintergrunde frieren die Hunderte von Zuschauer; neben mir steht ein Warnemünder, ein alter Seebär; er sieht seine Landsleute und Gefährten in ihren wunderlichen Verkleidungen; vieles kommt auch ihm „spanisch“ vor; er schüttelt den Kopf: „Sotaspokus!“ murmelt er verächtlich in seinen eisgrauen Bart.

Gewerkschaften.

11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

K. R. Am 5. September erfolgte im Berliner Gewerkschaftshaus die Gründung des Verbandstages, die durch die gleichzeitige Feier des 25jährigen Verbandstjubiläums und eine sehr herzliche Ehrung des Verbandsvorsitzenden Schumann ein besonderes, festliches Gepräge erhielt. Die Zahl der Delegierten betrug 306, dazu kamen Verbandsvorstand, Ausschuß, Revisoren, Reichsausschussleiter, Gew. bzw. Bezirksleiter, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und aus- und inländischen Bruderorganisationen und sonstige Gäste.

Schumann gab den sich auf drei Jahre (1919-21) erstreckenden mündlichen Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Wir erwähnen aus ihm hier nur die Zahlen über die Mitgliederentwicklung: Ende 1918: 191 073, Ende 1921: 567 447 Mitglieder. Die Hoffnungen auf weitestehende Ausbreitung des Verbandes haben sich seit der Revolution mit einem Sprung erfüllt. Nach Schumann erstarkten Kasserer, Redakteur, Revisoren- und Ausschussvertreter ihre Berichte.

In der Generaldiskussion kam zunächst die Arbeitsgemeinschaft — ihre Vorteile und Nachteile — in den Vordergrund zu stehen. Eine Resolution lag vor, die sich stützt auf die diesbezügliche Resolution des kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftsfongresses und von Schumann und der Statutenberatungskommission zur Annahme empfohlen war. Ihr wurde im Laufe der Debatte eine andere entgegengestellt des Inhalts, daß die Arbeitsgemeinschaften nur den Klaffengetroffenen Kapital und Arbeit verbünden, den Klassenkampf verlagern und die Arbeiter schädigen, und daß der Verbandstag deshalb die Arbeitsgemeinschaftspolitik ablehne.

Die Diskussion erhielt momentweise eine größere Schärfe, z. B.

als Thälmann-Hamburg in verletzender Weise gegen den internationalen Sekretär Hymmen wandte. Hervorgehoben sei hier noch ein einflussvolles Eintreten K. Lojes (Berlin) für die Abwehr der kommunistischen Pressenangriffe durch den „Courier“. Sie hätten zurückgemessen werden müssen; hätten dabei auch die Redakteure einmal über die Stränge geschlagen, so müßte die Grundursache bekämpft werden, und das sei die mühe Herunterreiher der Gewerkschaftsarbeit durch die kommunistische Presse. Fallen müsse auch der Zustand, das für das gewerkschaftliche Verhalten gewisser Kollegen nicht die gemeinsame Verbandsdisziplin maßgebend sei, sondern die Direktiven aus der Münzstraße (kommunistische Zentrale Berlin). Durchgehends bezieht die Diskussion einen sehr sachlichen und, von wenigen Rednern abgesehen, auch einen für Vorstand und Redaktion durchaus anerkennenden Charakter.

Nach den für einige kommunistische Redner nicht rühmlich ausfallenden Schlussworten Drehers und Schumanns wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt (Lebh. Beifall) und die Vorstandsresolution zur Arbeitsgemeinschaftsfrage mit übertragener Mehrheit angenommen. Eine Anzahl Anträge wurde dem Vorstand überwiesen; sie beziehen sich auf Prüfung der Fragen nach Schaffung einer Jugendbeilage und geeigneter Venderungen in der Herausgabe und Gestaltung der Gruppenfachblätter und des Hauptblattes. Gebilligt wurde, zwischen dem Transportarbeiter- und dem Hausangestelltenverband ein Kartellverhältnis zu schaffen. Weiter wurde eine Vereinbarung mit dem dänischen Bruderverband gutgeheißen, die die aus dem Verbandsverhältnis entspringenden Unterstützungsansprüche der nach Dänemark herüberwechselnden Kollegen überstellt. Entsprechend den vom Kassierer Kürnberg begründeten Vorschlägen wurden verschiedene Satzungsänderungen (Bekämpfung der Beiträge und Unterzückungen) zur Festigung der „fakultativen Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung“ vorgenommen. Sie gibt den Verbandsmitgliedern über den sonstigen Verbandsrechtschutz hinaus gegen einen besonderen Beitrag Rechtsbeistand in voller Höhe für alle Instanzen bei Schadenerklärungen auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen, ferner gibt sie den Mitgliedern Ersatz der Bußen oder Schadenerklärungen, zu denen sie in einem gegen sie anhängig gemachten Prozeß auf Grund des Automobilgesetzes oder der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches verurteilt werden.

Einem interessanten Referat des zweiten Vorstehenden Börling über die seit dem Kriege kräftig wiedererstehende „Internationale Transportarbeiter-Federation“ folgte eine Aussprache mit dem Wortführer der Moskauer Richtung (Thälmann-Hamburg), dessen Opposition nur sehr wenig Boden auf

dem Verbandstag fand. Die Ausführungen Thälmanns beleuchtete Mundt-Danzig mit der stürmischen Erregung ausfallenden Mitteilung, daß Mitglieder der kommunistischen Partei in Danzig an die Ausladung der Munitionsdampfer der Entente herangekommen seien, um den Munitionskrieg gegen Polen zu brechen, dann stellte Mundt-Danzig das richtig, was schief und unzulässig an Thälmanns Darstellungen war.

Pause (Vorstand) erarbeitete ein sachliches Referat über den durch die Presse bereits allgemein bekannten Verlauf des Leipziger Gewerkschafts-Kongresses. Als Korreferent sprach der politisch der KPD. angehörende Delegierte Hermann-Leipzig, der nicht weniger als alles an den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses und der Taktik der Gewerkschaften heruntersetzte.

Bender (Vorstand) zeichnete in einem Referat über „Wirtschaftskämpfe und Gewerkschaftstaktik“ die volkswirtschaftliche Lage und daneben die ungeheure Warenpreiserhöhung in Deutschland, der die Löhne trotz aller Steigerungen nicht voll gefolgt sind. In der Diskussion traten eifrige kommunistisch gezielte Redner dafür ein, mit der Bewegung mehr „auf Gänge“ zu gehen, wenigstens solle der ADGB seine „ganze“ Macht zur Erhaltung der Sachwerte und Demokratisierung der Staatsverwaltungen einsetzen und auch bereit sein, sich an einer aus den sozialistischen Parteien bestehenden Arbeiterregierung zu beteiligen. Im Schlußwort führte Bender den „Gewalt-politikern“ die „Erfolge gewaltmächtiger „revolutionärer“ Umgestaltungen am Bilde anderer Länder vor Augen und erteilte stürmischen Beifall. Gegen wenige Stimmen wurde eine Resolution des Vorstandes billigt, ihm und allen Mitgliedern zur Pflicht macht, beim Abschluß von Tarifverträgen keine Rechte der Arbeiter preiszugeben und keiner Durchbrechung des Achtstundentages zuzustimmen, ferner alle Kräfte für Anpassung der Löhne an die Teuerung und für Demokratisierung des Wirtschaftslebens einzusetzen. Eine zweite angenommene Resolution wendet sich scharf gegen die von der Regierung in letzter Zeit eingehaltene Lohn- und Gehaltspolitik, durch die die höheren Besoldungsgruppen ganz unangebracht herabgesetzt, die unteren aber der fortschreitenden Verelendung röh entzissen werden. In der Stellungnahme zur „Technischen Nothilfe“ schloß der Verbandstag sich der durch den Gewerkschaftskongreß ausgesprochenen grundsätzlichen Ablehnung der T. N. an.

Dann hielt Schumann ein sehr wichtiges Referat über den „organisatorischen Neuaufbau des Verbandes“. Schumann propagierte den Gedanken der Organisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in einheitlichen Organisationen mit der alleinigen Spitze im ADGB. Als solche Zu-

sammenfassung für das Verkehrsgewerbe soll der Deutsche Transportarbeiterverband künftig den Namen „Deutscher Verkehrsband“ führen als die gewerkschaftliche Organisation für das in den Transport- und Verkehrsbetrieben bzw. Verwaltungen des Reiches, der Länder, Provinzen, Gemeindeverbänden und Gemeinden sowie in den privaten Handels- und Transportabteilungen industrieller Unternehmen beschäftigte Personal, soweit nicht nach den Satzungen und Beschlüssen des ADGB, oder besonderen Abmachungen andere Organisationen zuständig sind. Es handelt sich nun vor allem darum, den Deutschen Eisenbahnerverband für den Anschluß zu gewinnen.

In der Diskussion legte Bernhardt (Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes) eingehend dar, wie der D. E. B. zum Zusammenschluß mit dem Transportarbeiterverband steht. Der D. E. B. sei kein prinzipieller Gegner einer Verschmelzung, aber die Umstellung der Auffassungen, die Ueberwindung der Schwierigkeiten, die in der Natur des Berufs und der Psychologie der Eisenbahner wurzeln und für den Kenner der Dinge auch durchaus erklärbar seien, könnte nicht überreilt, sondern nur Schritt für Schritt erreicht werden. Die Resolution Schumann, die den Vorstand auffordert, in Zusammenschlußverhandlungen außer mit dem D. E. B. auch mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einzutreten, wurde einstimmig, unter großem Beifall angenommen, ebenfalls die vom Vorstand vorgeschlagenen Statutenänderungen zur Schaffung und inneren Gliederung des Verkehrsbandes.

Quittung.
Für den Pressefonds gingen ein: Vom Arbeiterlängerbund 100 Mark.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)
Eine Bitte an die Betriebsbehörde, Abteilung Gas- und Elektrizität. Vor einigen Tagen lese ich in der Zeitung die unehelichen Erörterungen von Gas und elektrischer Kraft. — Der Staat spricht von Einschränkungen auf allen Seiten und Ranten. Muß man da nicht empört sein, wenn man sieht, wie trotz dieser neu festgesetzten, fast unerschwinglichen Preise für Licht und Kraft hiermit gerade Verschwendung getrieben wird. Ist es nötig, daß auf der kurzen Strecke von den Glockentürmen bis zum Bahnhof auf beiden Seiten die großen Vogen-Lampen sämtlich brennen? Wenn ein Drittel dieser Lampen brennen würde, reichte das völlig aus.

Amtlicher Teil.

Beschluß.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Daniesch-Mecklenburgische Elektrizitäts-Gesellschaft (Singe & Kelling in Lübeck) wird, nachdem die Schlußverteilung erfolgt ist, hiermit aufgehoben.
Lübeck, den 6. September 1922.
6773) Das Amtsgericht, Abt. II.

Badeanstalt Schutup

wird am 15. September 1922 geschlossen.
6755) Das Polizeiamt.

Russischer Unterricht.

Veranstaltet von der Oberprüfungsbehörde und der Handelskammer.
Neue Kurse ab 1. Oktober für Anfänger und Fortgeschrittene. Vier Stunden wöchentlich. Zeit nach Vereinbarung. Preis 300 Mk. vierteljährlich.
Anmeldungen in der Kanzlei der Handelskammer. (6800)

Nichtamtlicher Teil.

Wir sind Käufer für sämtliche russischen Staats- u. Eisenbahn-Anleihen und zahlen die gesamten rückständigen Zinsen voll mit aus.
Bankhaus Louis Wolff C. G. Lübeck, Breite Str. 35. 6775

Leopard sucht ein
Eng. n. A 391 a. D. G. (6793)

Herd und einen Oxen zu kaufen gesucht
Eng. n. A 394 a. D. G. (6805)

Geht ab 2000 Mark
Eng. n. A 390 a. D. G. (6791)

Gebrauchtes
Maßstab-Werkzeug zu kaufen gesucht. Eng. n. A 392 a. D. G. (6808)

Gebrauchtes Werkzeug zu kaufen gesucht. Eng. n. A 389 a. D. G. (6790)

Zu ver. eine Uhr (Kochgeschloß) zu verkaufen. Eng. n. A 393 a. D. G. (6802)

Fertig billige zu ver. Beier, Kottbus, 6794) Dogenstr. 52.

Meine 3 angeführten Sahnzweigenböden stehen zum Verkauf. H. Patersson, Herrnhut 82. (6753)

Reisiger von 40 n. 75 Pfund zu ver. Rosenstr. 10. (6829)

Zu sofort suchen wir für unsere Sammelstelle eine lebh. ehrliche und aufmerksame Frau für leichte Arbeit. Meldung im Kontor Salzweicher Gewerkschafts-Broschensammlung. (6807)

Leder Lederabschnitt Ersatzschalen in haltbaren Fabriken von H. Schumacher & Co. C. Grimm Nachf., Lederabschnitt und Schälerei (6776)

Brennmann's Edelmetall.
Ankaufstelle
Lübeck - Rostock
Superieurmiedstr. 3. Fernruf 8288.
Eigene Metallschmelze.
Allerhöchste Preise für Brillanten, Gold-, Silber-, Platin-, Saphire, Smaragde, Zinnober, Rubine
bekommen Sie bei uns. Wir liefern täglich den Beweis, daß wir auf dem Gebiete des Edelmetallhandels erstklassig sind. Bevor ein jeder seine Wertobjekte veräußern will, überzeuge er sich erst bei uns. (6787)

Brillanten, Perlen
ganze Lager sowie auch lose Ware
kauft zum Niezen-Auslandskurs (6785)
Frick, Pfaffenstr. 2, 1. Etage

Ankauf zu höchsten Preisen von **Gold-, Silber-, Platin-, Uhren, Brillanten.**
Nordische Edelmetall-Agentur **Beckergrube 6**
Zweites Haus von der Breiten Straße. (6804)

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfer, Dampfmaschinen, Spinn-, Schmied-, Gußmaschinen.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zink, Späne
L. Lissianski, Lübeck.
Großhandel, Fernspr. 878. Kleinhandel. (6778)

Schönheit
keine Sommerprossen
nur durch **DOERING'S EULEN-SEIFE**
Dering'sche Seife
Frankfurt a. M. (678)

Starke
Stahlgitter, 2. Etage, Fernruf 8900
Täglich von 10 Uhr früh: **Stilles Getriebe!**
Ab 4 1/2 Uhr nachm. bis verhandelt (6783)
Raff-Zdenko-Straße 10

Weit unter Einkauf!
Frische Margarine
175.-, 180.-, 185.- M. p. Pfund.
Lübecker Margarine-Centrale
Holstenstr. 6, Markthalle, Warendorpstr. 9
Schwartau. Schlutup. (6780)

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Zur Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 11. September d. J. beträgt das Eintrittsgeld in der 1. und 2. Klasse Mk. 15.—; in der 3. Klasse Mk. 10.—; in der 4. Klasse Mk. 7.— und in der 5. und 6. Klasse Mk. 5.—.
Der Beitrag beträgt: (6798)
in der 1. Klasse Mk. 45.—
in der 2. Klasse Mk. 35.—
in der 3. Klasse Mk. 25.—
in der 4. Klasse Mk. 18.—
in der 5. Klasse Mk. 5.—
in der 6. Klasse Mk. 1.—
Die erhöhten Beiträge treten am 1. Oktober mit der 4. Beitragswoche in Kraft; dem entsprechend werden auch die Leistungen des Verbandes erhöht.
Eine genaue Aufstellung wird den Mitgliedern noch zugehen. Des ferneren hat die Versammlung einstimmig beschlossen, daß jedes männliche Mitglied verpflichtet ist, für 12 Monate einen Extrabeitrag von Mk. 10.— und jedes weibliche Mitglied auf die Dauer von 12 Monaten einen Extrabeitrag von Mk. 5.— für das Gewerkschaftshaus zu entrichten. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat die Entziehung der statutarischen Rechte zur Folge.
Wir erwarten, daß jedes Mitglied sich des Grades der gegenwärtigen Situation bewußt ist und reiflich seine Pflicht gegen die Organisation erfüllt.
Die Ortsverwaltung.

Zentraltheater.
Fernruf 1359. Johannisstr. 25.
Som 12. bis 18. September:
Das Glashausmädel
II. und letzter Teil.
Aufführungsjubiläum in 5 Akten.
Loben u. Treiben hinter den Jilmfulfissen. Die ungemein flüssige und lebenswahre Handlung zeichnet besonders das sittliche Treiben in markanten Zügen.
Der Ruf der Günde
Italienisches Drama in 5 Akten mit Linda Pini in der Hauptrolle.
Rettung aus dem Eise
2 Akte
Afinell
Das Einien Schiff „Hannover“ rettet hier deutsche Dampfer aus dem Eise des Rigischen Meerbusens. Spielzeit 4—11 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8 Uhr. **Orchestrale Begleitung.**
NB. Auch an Sonntagen stets das ganze Programm. (6808)
Sonntag 2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7, Telefon 1253.
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, etc. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertiggehandelt. (6781)

+Magerkeit+
Schöne volle Körperformen durch unser „Negro“ Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garant unerschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 40.—, Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (6782)

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (6801)
Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung Hafnarbeiter
sämtlicher
am Donnerstag, 14. Sept., abds. 7 1/2 Uhr bei F. Lander, Gundeft. 41
Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
Gemeinschaftliche Berammlung
ber **Bauschlösser, Bauschloßer, Klempner, Glaser und Schmiede** (6806)
am Donnerstag, dem 14. Sept., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Unsere Lohnbewegung.
Die Ortsverwaltung

333 und 585 gestempelt.
H. Schultz, Uhrmacher, Johannisstraße 20. 6797)

Café „Vaterland“
Täglich Konzert
der (6794) Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Trocadero.
Schlüsselbuden 4.
Wiener Sufi und Seben.
Beginn 3 1/2 Uhr. 6711

Redermands
Anfang 8.30 Uhr.
Der glänzende
September-Spielplan.

Hansa-Theater.
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Die Buhdore.
Operette in 3 Akten v. Kalman. (6786)

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 13. Sept., 7.30: Ab. B. Meespel.
Donnerstag, 14. Sept., 7.30 Uhr. Ab. B. Die Jüdin. Oper von Gade.
Freitag, 15. Sept., 7.30: Ab. B. Fra Diavolo.
Sonnabend, 16. Sept., 7.30 Uhr. 3. Vorf. im Sonnab. Ab. Der St. genuebar. (6774)

Adlershorst. 6777 Jeden Donnerstag: BALL.